

# Rechenschaftsbericht





## Inhaltsübersicht

- 1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft**
  
- 2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung**
  - 2.1 Ordentliche Erträge
  - 2.2 Ordentliche Aufwendungen
  - 2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen
  
- 3. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung**
  - 3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit
  - 3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit
  - 3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit
  - 3.4 Liquidität
  
- 4. Lagebericht**
  - 4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen
  - 4.2 Stand der Aufgabenerfüllung
    - 4.2.1 Wesentliche Veränderungen bei den Standardaufgaben
    - 4.2.2 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten
    - 4.2.3 Übergreifende Aufgaben und Projekte
  
- 5. Jahresabschlussanalyse**
  - 5.1 Ergebnisrechnung
  - 5.2 Finanzrechnung
  - 5.3 Strukturdaten
  - 5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden
  - 5.5 Interkommunaler Vergleich
  
- 6. Ausblick: Chancen und Risiken**

## 1. Planaufstellung und Entwicklung der Haushaltswirtschaft

Die Haushaltsplanung für die Jahre 2013 und 2014 erfolgte vor dem Hintergrund einer wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, deren Wachstumsimpulse vor allem von der Binnennachfrage kamen, während die Schuldenkrise die Konjunktur im Euroraum und damit die Exportdynamik abschwächte. Allerdings ging der Arbeitskreis Steuerschätzung davon aus, dass die Lösung der Krise ohne massive Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Entwicklung für Deutschland gelingen sollte und hatte für die Jahre 2013 bis 2016 eine nahezu einheitliche Steigerung der Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften von rund 3,5 % unterstellt.

Die positive Entwicklung des Steueraufkommens und der Finanzaufweisungen floss auch in den Haushaltsplan 2013/2014 ein. Dennoch lagen die Aufwendungen im Haushaltsplan über den Erträgen, so dass die beiden Haushaltsjahre in der Planung mit einem negativen ordentlichen Ergebnis abschlossen (-6,0 Mio. € in 2013 bzw. -12,7 Mio. € in 2014). Allerdings verblieb immer noch ein Zahlungsmittelüberschuss von rund 20 Mio. € je Haushaltsjahr, der für die Investitionsfinanzierung zur Verfügung stand. Ebenfalls zur Finanzierung der Investitionen im Haushaltsplan vorgesehen waren Kreditaufnahmen i. H. v. rund 24 Mio. € je Jahr sowie Entnahmen aus den in Vorjahren im Zahlungsmittelbestand angesammelten Mitteln. Auf diese Weise konnten mehr Mittel für Investitionen veranschlagt werden als noch in den von den Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise beeinflussten Planjahren 2011 und 2012.

Am 18.12.2012 hat der Gemeinderat den Doppelhaushalt 2013/2014 beschlossen. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat mit Schreiben vom 07.02.2013 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt. In seinem Genehmigungsschreiben hat es auf einige Punkte hingewiesen, die zuvor im Gemeinderat diskutiert worden waren: den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt und das hohe Investitionsvolumen über den gesamten Finanzplanungszeitraum hinweg, die beide zum Anstieg der Verschuldung beitragen. Vor diesem Hintergrund hat das Regierungspräsidium den Leitantrag des Gemeinderats zum Haushaltsplan und zur mittelfristigen Finanzplanung begrüßt, der eine Anpassung des Investitionsprogramms an eine maximale Netto-Neuverschuldung von unter 20 Mio. € pro Jahr vorsieht.

Im ersten Jahr des Doppelhaushalts (2013) gelang es dann auch, dank eines höheren Zahlungsmittelüberschusses aus laufender Verwaltungstätigkeit den Kreditbedarf deutlich zu senken.

Für das Jahr 2014 hatten wir zum 15.04.2014 und zum 30.09.2014 jeweils eine Haushaltsprognose erstellt. Dabei konnten wir über einen insgesamt positiven Verlauf der Haushaltsentwicklung berichten. Insbesondere durch geringere Aufwendungen konnte mit einer Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses um 7,0 Mio. € gerechnet werden, so dass der Gemeinderat die Haushaltssperre aufhob. Im Finanzhaushalt zeichneten sich bereits unterjährig bei verschiedenen Maßnahmen zeitliche Verschiebungen und somit ein geringerer Mittelabfluss ab. Daher musste die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme nicht in voller Höhe realisiert werden (lediglich 5,0 Mio. € zur Finanzierung des Ankaufs von Konversionsflächen in der Südstadt).

Das Ergebnis für 2014 bestätigt im Wesentlichen die Aussagen unserer Prognose vom September 2014: das ordentliche Ergebnis war mit -1,3 Mio. € um 11,4 Mio. € besser als die Planung. Das Sonderergebnis schloss leicht positiv ab (+1,0 Mio. €). Parallel zu diesen Verbesserungen hat sich auch der Finanzierungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit erhöht, so dass hieraus statt der geplanten 17,2 Mio. € ein Betrag i. H. v. 43,0 Mio. € zur Finanzierung der Investitionen und damit zur Senkung des Kreditbedarfs bereit stand. Die Investitionstätigkeit lag sowohl im Bereich der Einzahlungen als auch der Auszahlungen in etwa auf Planniveau.

Die noch nicht im Haushaltsplan veranschlagte Ausgliederung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg hat sich in 2014 nicht nur auf die Erträge, Aufwendungen und Investitionen ausgewirkt, sondern insbesondere auch auf den Schuldenstand. Im Zuge der Ausgliederung wurden Schulden i. H. v. 61,4 Mio. € an den Eigenbetrieb übertragen. Dies führte – zusammen mit den weit unter dem Ansatz liegenden Kreditaufnahmen in den Jahren 2013 und 2014 – dazu, dass der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2014 bei 131,6 Mio. € lag; geplant war ein Wert i. H. v. 226,2 Mio. €.

Insgesamt ergaben sich folgende Gesamtsummen:

	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €
<b>Ergebnishaushalt:</b>		
Ordentliche Erträge	501,5	517,9
Ordentliche Aufwendungen	514,2	519,2
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-12,7</b>	<b>-1,3</b>
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,0</b>	<b>1,0</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-12,7</b>	<b>-0,3</b>
<b>Finanzhaushalt:</b>		
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	17,2	43,0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-58,2	-57,7
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	18,9	0,7
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	-22,0	-14,1
<b>nachrichtlich:</b>		
Kreditneuaufnahmen (ohne Umschuldungen)	24,6	5,0
Schuldenstand zum 31.12.2014 (ohne Restkaufpreisschulden)	226,2	131,6
Stand der Zahlungsmittel zum 31.12.2014 (einschließlich Geldanlagen)	12,9	29,4

### Hinweis für den eiligen Leser:

Die nachfolgenden Kapitel bieten vielfältige Informationen mit unterschiedlicher Zielrichtung: sie erläutern die Finanzdaten, stellen sie in einen Gesamtkontext mit den zentralen inhaltlichen Entwicklungen, analysieren sie auf Basis von Kennzahlen und geben einen Ausblick auf die Folgejahre. Zur besseren Orientierung für den eiligen Leser daher hier ein Überblick über die Struktur der folgenden Kapitel:

Kapitel 2 und 3: Detaillierte Erläuterung der Finanzdaten des Jahres 2014  
Ziel: Rechenschaftslegung

Kapitel 4: Darstellung des Handlungsrahmens vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung

- der Veränderungen in der Standardaufgabenerfüllung gegenüber dem Jahr 2013,
- der Darstellung von Aufgaben- bzw. Ausgabenschwerpunkte aus den Teilhaushalten, die über einen längeren Zeitraum eine wesentlichen finanzielle und grundsätzliche Bedeutung für den Haushalt und dessen weiterer Entwicklung haben und
- der Darstellung übergreifender Aufgaben und Projekte

Ziel: Strukturen, Schwerpunkte und zentrale Entwicklungen aufzeigen

Kapitel 5: Kennzahlengestützte Analyse der finanziellen Situation in einer Mehrjahresbetrachtung (2010 bis 2016)  
Ziel: Entwicklung des Gesamthaushalts über mehrere Jahre hinweg darstellen

Kapitel 6: Ausblick auf die Entwicklung in den Folgejahren unter Berücksichtigung der zentralen Themen in der Stadtentwicklung  
Ziel: Chancen und Risiken in inhaltlicher und finanzieller Sicht aufzeigen

## 2. Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung

	Ergebnis 2013 in €	Plan 2014 in €	Ergebnis 2014 in €	+/- 2014 in €
Steuern und ähnliche Abgaben	211.819.412	196.246.000	205.197.763	8.951.763
Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	191.519.673	194.902.870	206.159.559	11.256.689
Sonstige Transfererträge	5.282.614	5.156.000	5.441.320	285.320
Öffentlich-rechtliche Entgelte	55.575.661	54.635.500	38.613.270	-16.022.230
Privatrechtliche Leistungsentgelte	20.857.067	21.221.210	19.434.657	-1.786.553
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.664.375	10.259.600	14.396.051	4.136.451
Zinsen und ähnliche Erträge	577.844	500.100	1.218.166	718.066
Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	2.243.118	1.420.500	2.266.117	845.617
Sonstige ordentliche Erträge	20.684.361	17.188.790	25.147.611	7.958.821
<b>Ordentliche Erträge</b>	<b>521.224.126</b>	<b>501.530.570</b>	<b>517.874.515</b>	<b>16.343.945</b>
Personalaufwendungen	136.285.648	141.259.900	141.491.794	231.894
Versorgungsaufwendungen	2.292.999	540.100	2.265.711	1.725.611
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	81.366.960	81.769.640	89.241.428	7.471.788
Planmäßige Abschreibungen	41.892.490	37.551.800	48.916.592	11.364.792
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	7.998.467	9.103.000	6.758.089	-2.344.911
Transferaufwendungen	177.802.838	196.055.610	190.951.986	-5.103.624
Sonstige ordentliche Aufwendungen	51.500.359	47.959.530	39.598.844	-8.360.686
<b>Ordentliche Aufwendungen</b>	<b>499.139.761</b>	<b>514.239.580</b>	<b>519.224.443</b>	<b>4.984.863</b>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>22.084.365</b>	<b>-12.709.010</b>	<b>-1.349.928</b>	<b>11.359.082</b>
Außerordentliche Erträge	8.481.515	0	5.999.864	5.999.864
Außerordentliche Aufwendungen	13.769.087	0	4.961.035	4.961.035
<b>Veranschlagtes Sonderergebnis</b>	<b>-5.287.572</b>	<b>0</b>	<b>1.038.829</b>	<b>1.038.829</b>
<b>Veranschlagtes Gesamtergebnis</b>	<b>16.796.793</b>	<b>-12.709.010</b>	<b>-311.099</b>	<b>12.397.911</b>

Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- 2014 in Mio. €
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	22,1	0,0	0,0	0,0
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0,0	12,7	1,3	-11,4
Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,0	0,0	1,0	1,0
Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	5,3	0,0	0,0	0,0

Das **ordentliche Ergebnis** war mit -1,3 Mio. € um 11,4 Mio. € besser als die Planung. Zu deutlichen Planabweichungen sowohl bei den Erträgen als auch bei den Aufwendungen hat die im Haushaltsplan noch nicht vorgesehene Ausgliederung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg geführt (in den nachfolgenden Liste sind diese Vorgänge mit einem \* gekennzeichnet).

Insgesamt lagen die **ordentlichen Erträge** um 16,3 Mio. € über dem Ansatz, während sich die Überschreitung bei den **ordentlichen Aufwendungen** auf 5,0 Mio. € belief. Die betragsmäßig größten Veränderungen gab es bei folgenden Positionen:

#### **Ordentliche Erträge**

- Mehrerträge bei der Gewerbesteuer i. H. v. 4,4 Mio. €
- Mehrerträge beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer i. H. v. 3,1 Mio. €
- Mehrerträge bei den Schlüsselzuweisungen i. H. v. 12,8 Mio. €
- Mehrerträge bei den Kostenerstattungen im Sozial- und Jugendhilfebereich i. H. v. 3,0 Mio. €
- Mehrerträge aus der Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 5,9 Mio. €
- Mindererträge bei den Abwassergebühren \* i. H. v. 15,0 Mio. €

#### **Ordentliche Aufwendungen**

- Mehraufwendungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen i. H. v. 2,0 Mio. €
- Mehraufwendungen bei der Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens i. H. v. 3,5 Mio. €
- Mehraufwendungen bei der Grundstücksbewirtschaftung \* i. H. v. 3,6 Mio. €
- Mehraufwendungen bei den Abschreibungen i. H. v. 11,3 Mio. €
- Minderaufwendungen bei den Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke i. H. v. 5,9 Mio. €
- Minderaufwendungen bei der AZV-Umlage \* i. H. v. 11,7 Mio. €

Positiv hat sich auch das **Sonderergebnis** entwickelt: hier standen außerordentlichen Erträgen von 6,0 Mio. € außerordentliche Aufwendungen von 5,0 Mio. € gegenüber.

In der Gesamtbetrachtung von ordentlichem Ergebnis und Sonderergebnis ergab sich ein nahezu ausgeglichenes **Gesamtergebnis** (-0,3 Mio. €). Gegenüber der Planung war dies eine Verbesserung um 12,4 Mio. €.

Während zum Ausgleich des negativen ordentlichen Ergebnisses (-1,3 Mio. €) eine Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses erfolgte, wurde das positive Sonderergebnis (+1,0 Mio. €) der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses zugeführt. Damit verringerten sich die **Rücklagen** in der Summe um 0,3 Mio. €.

Nachfolgend finden Sie Erläuterungen zu den zentralen Ertrags- und Aufwandsarten. Dem eiligen Leser empfehlen wir, direkt bei Ziffer 3 – Erläuterungen zur Gesamtfinanzrechnung – fortzufahren.

## 2.1 Ordentliche Erträge

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Steuern und ähnliche Abgaben</b>	<b>211,8</b>	<b>196,2</b>	<b>205,2</b>	<b>9,0</b>
darunter				
Grundsteuer A und B	26,4	25,7	26,8	1,1
Gewerbesteuer	102,2	88,0	92,4	4,4
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	64,6	64,3	67,4	3,1
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	9,4	10,0	9,7	-0,3
Sonstige Gemeindesteuern	1,9	1,5	2,2	0,7
Familienleistungsausgleich	5,4	5,7	5,5	-0,2
Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)	1,9	1,0	1,2	0,2

Der Zuwachs bei den Erträgen aus der **Grundsteuer** ist auf die inzwischen weitgehend erfolgte Grundsteuerbewertung der Grundstücke in der Bahnstadt (Bauabschnitt I) durch das Finanzamt zurückzuführen.

Bei der **Gewerbesteuer** erhöhten sich die Vorauszahlungen für 2014 gegenüber dem Vorjahr um 2,9 Mio. €. Gleichzeitig lagen allerdings die Nachzahlungen um 12,7 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Berücksichtigt man noch die geringfügigen Forderungsabsetzungen (gebucht als Aufwand bei den Planmäßigen Abschreibungen), so liegt das Ergebnis für 2014 mit 92,0 Mio. € zwar deutlich unter dem Vorjahresergebnis (98,1 Mio. € bei Berücksichtigung der Forderungsabsetzungen) aber um 4,0 Mio. € über dem Haushaltsansatz von 88 Mio. €.

Die Erträge aus dem **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** entwickelten sich in Folge der entspannten Lage am Arbeitsmarkt mit einer weiteren Beschäftigungsexpansion auch in 2014 positiv.

Während insbesondere die Investitionsdynamik in den Unternehmen vor dem Hintergrund einer enttäuschenden weltwirtschaftlichen Entwicklung und der Verunsicherung durch erhöhte geopolitische Risiken hinter den Erwartungen zurückblieb, profitierten die privaten Konsumausgaben von einem starken Arbeitsmarkt und der anhaltenden Einkommens- und Beschäftigungsexpansion. So entwickelte sich der **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** positiv, auch wenn er die Annahmen aus dem Haushaltserlass nicht ganz erreichen konnte.

An den **Sonstigen Gemeindesteuern** (Vergnügungssteuer, Hundesteuer, Zweitwohnungsteuer) hat die Vergnügungssteuer mit einem Ergebnis von 1,6 Mio. € den größten Anteil. Die Mehrerträge gegenüber dem Ansatz resultierten aus allgemeinen Umsatzsteigerungen an den Spielgeräten.

Bei den **Leistungen des Landes aus der Umsetzung des 4. Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Wohngeld)** handelt es sich um die Weiterleitung der Entlastungen an die Kommunen, die den Ländern anlässlich der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe durch den Wegfall der Wohngeldzahlungen entstanden sind. In 2014 kam es zu Nachzahlungen für 2013 i. H. v. 0,1 Mio. € aufgrund einer Erhöhung des zur Verfügung stehenden Landesanteils sowie zu höheren Abschlagszahlungen für 2014. Das Ergebnis 2013 war u. a. deswegen höher, weil in 2013 die Nachzahlung für 2012 bei 0,6 Mio. € lag.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen</b>	<b>191,5</b>	<b>194,9</b>	<b>206,1</b>	<b>11,2</b>
darunter				
Schlüsselzuweisungen (FAG)	106,5	109,1	121,9	12,8
Zuweisungen nach § 11 FAG	4,7	4,6	4,7	0,1
Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke	57,1	59,7	57,5	-2,2
Grunderwerbsteuer	10,4	9,0	10,0	1,0
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	5,6	5,6	5,3	-0,3
Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG	0,3	0,0	0,1	0,1
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung des Bundes für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende	6,9	6,9	6,6	-0,3

Bei den **Schlüsselzuweisungen** wurden in 2014 sowohl der Haushaltsansatz als auch das Vorjahresergebnis deutlich überschritten. Neben einer höheren Einwohnerzahl resultierten die höheren Erträge insbesondere aus einem höheren Grundkopfbetrag. Dieser ist neben der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung insbesondere den neuen Einwohnerzahlen durch den EU-Zensus geschuldet. Die zur Verfügung stehende Verteilungsmasse wird in Baden-Württemberg jetzt auf rund 274.000 Einwohner weniger (-2,5 %) verteilt; entsprechend ist jetzt jeder Einwohner mehr „wert“. Insgesamt profitiert Heidelberg davon überproportional, da wir im Vergleich zum Landesschnitt nur einen Einwohnerrückgang von 0,8 % verkraften mussten.

Bei den Erträgen aus **Zuweisungen und Zuwendungen für laufende Zwecke** entfiel über die Hälfte des Gesamtbetrags auf nur 3 Positionen:

- Zuschüsse des Landes für die Kleinkinderbetreuung (12,7 Mio. €) und die Betreuung von Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt (8,1 Mio. €): gegenüber 2013 sind die Landeszuschüsse für die Kleinkinderbetreuung aufgrund der Umstellung der Landesförderung auf eine prozentuale Beteiligung an den Betriebskosten um 2,4 Mio. € gesunken. Nach einer Empfehlung der gemeinsamen Finanzkommission wurden inzwischen die Grundlagenermittlung und der Berechnungsmodus optimiert, so dass die Fördersätze für 2015 deutlich gestiegen sind.
- Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (11,6 Mio. €): In 2013 lag das Ergebnis bei 8,0 Mio. €. Hauptursache für den Anstieg ist, dass der Bund seine prozentuale Beteiligung an den Nettoausgaben für die Grundsicherungsleistungen von 75 % in 2013 auf 100 % in 2014 erhöht hat.

Weitere wesentliche Veränderungen gab es beim Soziallastenausgleich (Ansatz 3,6 Mio. €, Ergebnis 1,7 Mio. €), aufgrund der Sozialhilfenettoausgaben in 2013 sowie beim Landeszuschuss an das Theater (+0,4 Mio. € gegenüber dem Ansatz). Ursache hierfür war die Berücksichtigung von Tarifsteigerungen.

Bei den **Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten** wird insbesondere die jahresanteilige Auflösung von Investitionszuschüssen gebucht.

Die den Stadt- und Landkreisen durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehenden Be- und Entlastungen werden im Rahmen des **Status-quo-Ausgleichs nach § 22 FAG** aufkommensneutral zwischen den Stadt- und Landkreisen ausgeglichen. Aufgrund der niedrigeren relativen Steuerstärke der Stadt Heidelberg gegenüber anderen Kommunen bestand in 2014 entgegen der Planannahmen keine Zahllast; vielmehr haben wir rund 0,1 Mio. € an Ausgleichsleistungen erhalten (siehe hierzu auch unter „Transferaufwendungen“).

Knapp unter dem Ansatz lag die **Leistungsbeteiligung des Bundes an den kommunalen Kosten der Unterkunft und Heizung nach SGB II** (-0,3 Mio. €). Da die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft niedriger ausfielen als geplant, verringerte sich automatisch auch die Bundesbeteiligung.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Sonstige Transfererträge</b>	5,3	5,1	5,4	0,3

Hier werden nahezu ausschließlich Ersätze von sozialen Leistungen in den Teilhaushalten des Kinder- und Jugendamtes und des Amtes für Soziales und Senioren gebucht. Beim Kinder- und Jugendamt wurde der Ansatz nicht ganz erreicht, da die Elternbeteiligung an der Tagespflege ab 2014 bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten zu buchen war. Beim Amt für Soziales und Senioren hingegen wurde der Ansatz um 0,4 Mio. € überschritten.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Öffentlich-rechtliche Entgelte</b>	55,6	54,6	38,6	-16,0
darunter				
Verwaltungsgebühren	8,3	7,5	7,3	-0,2
Benutzungsgebühren	47,3	47,1	31,3	-15,8

Bei den **Verwaltungsgebühren** wurden weder das Ergebnis des Jahres 2013 noch der Haushaltsansatz erreicht, da vor allem die Baugenehmigungsgebühren mit 2,1 Mio. € sowohl unter dem Vorjahresergebnis (3,1 Mio. €) als auch unter dem Ansatz lagen (2,7 Mio. €). Ursache hierfür war ein Rückgang der Zahl der gebührenbringenden Großbauvorhaben.

Der größte Teil der **Benutzungsgebühren** war beim Tiefbauamt (15,2 Mio. €, insbesondere im Bereich Abwasser) und beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (15,7 Mio. €, insbesondere im Bereich Abfall) veranschlagt. Durch die Ausgliederung der Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg entfielen auf das Tiefbauamt im Ergebnis nur noch 0,2 Mio. € an Erträgen aus Benutzungsgebühren (-15,0 Mio. € gegenüber dem Ansatz).

Auch beim Amt für Abfallwirtschaft lag das Ergebnis unter dem Ansatz (14,4 Mio. € gegenüber 15,7 Mio. €). Auch das Vorjahresergebnis lag mit 16,9 Mio. € deutlich höher. Ursache für die Mindererträge war insbesondere der frühere Abzug der amerikanischen Streitkräfte.

Mehrerträge gegenüber dem Ansatz gab es hingegen insbesondere beim Kinder- und Jugendamt (+0,5 Mio. €, insbesondere durch die Buchung der Elternbeteiligung an der Tagespflege bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten anstatt bei den Transfererträgen) und beim Theater (+0,9 Mio. €) infolge höherer Besucherzahlen als ursprünglich erwartet.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Privatrechtliche Entgelte</b>	20,8	21,2	19,4	-1,8
darunter				
Mieten und Pachten	8,4	9,0	8,4	-0,6
Erträge aus Verkauf	6,6	6,8	6,6	-0,2
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	5,8	5,4	4,4	-1,0

Die Mindererträge bei den **Mieten und Pachten** gegenüber dem Ansatz hatten zahlreiche verschiedene Ursachen (u. a. Mietausfälle aufgrund von Baumaßnahmen oder Pächterwechseln und Mindererträge bei den Erbbauszinsen durch Veräußerung von Erbbaurechten).

Die **Erträge aus Verkauf** lagen insbesondere bei den Erträgen aus dem Mittagstisch an Schulen (-0,1 Mio. €) sowie beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (-0,2 Mio. €) aufgrund von Mindererträgen bei der Papier- und Schrottverwertung unter dem Ansatz.

Bei den **sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten** entstanden insbesondere beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung Mindererträge gegenüber dem Ansatz (-1,4 Mio. €) aufgrund des früheren Abzugs der amerikanischen Streitkräfte, geringerer Kompostierungsentgelte und geringerer Erträge bei der Sperrmüllentsorgung.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12,7	10,3	14,4	4,1

**Kostenerstattungen und Kostenumlagen** gibt es in größerem Umfang in folgenden Bereichen:

- Erstattungen für städtische Mitarbeiter/-innen, die bei städtischen Beteiligungen, Zweckverbänden u. ä. tätig sind (2,9 Mio. €)
- beim Amt für Soziales und Senioren einschließlich Jobcenter: in 2014 insgesamt 6,2 Mio. €, darunter Erstattungen von Sozialversicherungsträgern, Nutzungsentschädigungen für die Unterbringung in Not- und Obdachlosenunterkünften und Erstattungen vom Land für Asylbewerber; in 2014 kam es zu Mehrerträgen gegenüber dem Ansatz i. H. v. 2,2 Mio. € aufgrund höherer Zuweisungsraten bei den Asylbewerbern
- beim Kinder- und Jugendamt: Erstattungen für Jugendhilfeleistungen einschließlich Unterhaltsvorschussleistungen sowie im Rahmen des interkommunalen Kostenausgleichs für Kindertagesstätten. Beim einem Ergebnis von 2,2 Mio. € wurde der Ansatz um 0,8 Mio. € überschritten. Die Überschreitungen betrafen alle 3 genannten Bereiche.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Zinsen und ähnliche Erträge	0,6	0,5	1,2	0,7

Die Mehrerträge bei den **Zinsen** entstanden insbesondere aufgrund der Verzinsung der Darlehen, die dem Treuhandvermögen Bahnstadt und dem Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg (Trägerdarlehen) gewährt worden waren.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen	2,2	1,4	2,3	0,9

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** handelt es sich um Leistungen, die insbesondere das Gebäudemanagement (1,0 Mio. €) und das Tiefbauamt (0,7 Mio. €) für investive Maßnahmen des Finanzhaushalts erbringen und so das Anlagevermögen erhöhen.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Sonstige ordentliche Erträge</b>	<b>20,7</b>	<b>17,2</b>	<b>25,1</b>	<b>7,9</b>
darunter				
Konzessionsabgaben	8,7	8,2	8,6	0,4
Besondere Erträge	9,3	8,4	8,5	0,1
Weitere Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	0,8	0,6	0,7	0,1
Nicht zahlungswirksame ordentliche Erträge	1,9	0,0	7,3	7,3

Die Mehrerträge gegenüber dem Ansatz bei der **Konzessionsabgabe** resultierten aus höheren Abschlagszahlungen in den Bereichen Fernwärme (von den Stadtwerken Heidelberg) und Wasser (vom Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg).

Zu den **besonderen Erträgen** zählt auch die Verzinsung von Steuernachzahlungen bei der Gewerbesteuer. Diese Position ist kaum planbar und schwankt im Ergebnis deutlich (Ergebnis 2013 3,3 Mio. €, Plan 2014 1,6 Mio. €, Ergebnis 2014 2,3 Mio. €). Dies hat im Wesentlichen dazu beigetragen, dass das Ergebnis 2014 bei den besonderen Erträgen deutlich unter dem des Vorjahres lag.

Unter dem Ansatz blieben die Bußgelder des Rechtsamtes (Ansatz 3,3 Mio. €, Ergebnis 2,9 Mio. €) aufgrund des Ausfalls einer stationären Geschwindigkeitsmessanlage, der noch andauernden Umstellung der Lichtzeichenanlagen auf LED-Technik und der Verlängerung der Gelbphasen im Stadtgebiet.

Bei den **nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträgen** werden insbesondere die Auflösung von Rückstellungen und die Auflösung von Wertberichtigungen gebucht. In 2013 waren hier insbesondere das Personal- und Organisationsamt und das Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie betroffen.

In 2014 verteilte sich das Rechnungsergebnis auf den Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft (Auflösung einer FAG-Rückstellung i. H. v. 3,5 Mio. € und Auflösung von Wertberichtigungen i. H. v. 1,4 Mio. €) sowie auf die Auflösung von Rückstellungen in den Teilhaushalten des Personal- und Organisationsamtes (0,3 Mio. €), des Amtes für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie (0,9 Mio. €) sowie des Amtes für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (0,7 Mio. €).

## 2.2 Ordentliche Aufwendungen

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Personal- und Versorgungsaufwendungen</b>	<b>138,4</b>	<b>141,8</b>	<b>143,6</b>	<b>1,8</b>
darunter				
Aufwendungen für Personal	114,1	117,1	119,0	1,9
Aufwendungen für Versorgung	24,3	24,7	24,6	-0,1
darunter				
• Beiträge zu Versorgungskassen und Beihilfeumlagen	23,8	24,2	24,1	-0,1
• Leistungen an Ruhelohnberechtigte und Sterbegelder	0,5	0,5	0,5	0,0
Zuführung zu Rückstellungen	0,2	0,0	0,2	0,2
<b>insgesamt</b>	<b>138,6</b>	<b>141,8</b>	<b>143,8</b>	<b>2,0</b>

### Ansatzbildung

Die Bildung des Ansatzes für Personal- und Versorgungsaufwendungen zum Doppelhaushalt 2013/2014 erfolgte vor dem Hintergrund der wesentlich höheren tariflichen Entwicklung 2012 und war insbesondere geprägt durch die Abbildung einer Vielzahl von zusätzlichen Aufgaben im Personalkostenbudget, die noch im Jahre 2012 zu einer entsprechenden Überschreitung geführt hatten. Die Basis des Gesamtansatzes 2014 in Höhe von 141,8 Mio. € bildete der Personalkostenansatz des Jahres 2013, welcher zum Ausgleich der Tarif- und Besoldungssteigerungen um 2 % erhöht wurde. Bereits bekannte personalkostenwirksame Änderungen (zum Beispiel im Rahmen von Stellenplanmaßnahmen) und die individuellen Ergebnisüberträge aus den Vorjahren wurden in die Berechnungen einbezogen.

### Haushaltsverlauf

Die im Verlauf des Haushaltsjahres eingetretene Entwicklung im Tarif- und Besoldungsbereich (Beschäftigte: durchschnittliche Steigerung um 3,8 %; Beamte: Erhöhung um 2,75 % zeitversetzt je nach Besoldungsgruppe) war zum Zeitpunkt der Planaufstellung im 4. Quartal 2012 (Planwert 2 %) nicht vorhersehbar. Die hierdurch entstandenen Zusatzkosten in Höhe von 1,8 Mio. € konnten auch aufgrund der personalwirtschaftlichen Dynamik in verschiedenen Bereichen (zum Beispiel Entwicklung Konversion oder Stellenbesetzungen Kitas) im Verlauf des Haushaltsjahres nicht aufgefangen werden.

### Bilanzierte Rückstellungen

Der Aufwand zur Bildung von Rückstellungen für Altersteilzeitverhältnisse lag im Jahr 2014 bei 51.000 €. Hinzu kamen Rückstellungen für den Aufbau von Zeitguthaben im Rahmen vereinbarter Lebensarbeitszeitkonten von insgesamt 111.828 €. Die Auflösung der Rückstellungen in Höhe von 318.935 € wurde erfolgswirksam als Ertrag gebucht. Zum Stichtag 31.12.2014 betragen die bilanzierten Rückstellungen für Verpflichtungen aus flexiblen Arbeitszeitmodellen 440.120 €. Die mehrjährige Entwicklung der Rückstellungen ist aus dem Statistikteil (4.3 Passiva detailliert) ersichtlich. Der Rückgang der bilanzierten Verpflichtungen beruht im Wesentlichen darauf, dass die Altersteilzeit nicht im bisherigen Umfang in Anspruch genommen wurde.

### Mitarbeiter/-innen

	Stellenplan 2014	IST zum Stichtag 31.12.2014	+/- in 2014
<b>Planstellen gesamt</b>	<b>2.120,75</b>	<b>2.206,2</b>	<b>+85,5 (+4 %)</b>
darunter			
abgestellte Mitarbeiter/innen	36,50	34,9	-1,6 (+4,5 %)

Die Darstellung beinhaltet keine Auszubildenden, Praktikanten/-innen, künstlerisches Personal beim Theater und Plätze für Vor- und Anerkennungspraktikanten/-innen beim Kinder- und Jugendamt.

Die Gegenüberstellung der Planstellen mit der tatsächlichen Besetzung zum Stichtag 31.12.2014 pro Amt/Referat ist aus den Jahresberichten der einzelnen Teilhaushalte ersichtlich. Bei einer Abweichung von über 5 % ist jeweils eine kurze Erläuterung enthalten.

Außerdem enthält der Jahresbericht des Personal- und Organisationsamtes unter der Produktgruppe 11.21 – Personalwesen – verschiedene Kennzahlen und Grafiken insbesondere aus dem Bereich der Personalstruktur.

#### Nachrichtlich: aus dem Bereich der Sachaufwendungen

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	0,5	0,7	0,6	-0,1
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0,3	0,3	0,3	0,0

#### Nachrichtlich: Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen beim Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg

	Stand 2011 in Mio. €	Stand 2012 in Mio. €	Stand 2013 in Mio. €	Stand 2014 in Mio. €
<b>Entwicklung der Pensions- und Beihilferückstellungen beim KVBW</b>	<b>205,0</b>	<b>213,1</b>	<b>224,9</b>	<b>233,2</b>
darunter				
Pensionsrückstellungen	149,2	153,8	161,0	166,7
darunter für den Bereich KIVBF	4,8	5,1	5,2	5,3
Beihilferückstellungen	55,8	59,3	63,9	66,5
darunter für den Bereich KIVBF	1,0	1,1	1,2	1,2

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen</b>	<b>81,4</b>	<b>81,8</b>	<b>89,2</b>	<b>7,4</b>
darunter				
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	17,6	17,6	21,1	3,5
Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1,2	0,9	1,3	0,4
Mieten und Pachten, Leasing	12,2	12,0	13,3	1,3
Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen	12,0	11,8	15,4	3,6
Haltung von Fahrzeugen	1,8	1,9	1,7	-0,2
Besondere Aufwendungen für Beschäftigte	1,4	1,3	1,4	0,1
Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen	33,5	34,5	33,7	-0,8
Aufwendungen für den Verbrauch von sonstigen Vorräten	1,4	1,5	1,3	-0,2
Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen	0,3	0,3	0,0	-0,3

Bei der **Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens** wurden sowohl bei Hoch- als auch bei Tief- und Landschaftsbaumaßnahmen Mehraufwendungen gegenüber dem Ansatz getätigt; bei den Hochbaumaßnahmen lagen die Aufwendungen zudem um 1,7 Mio. € über dem Vorjahresergebnis, bei den Tiefbaumaßnahmen waren es 0,9 Mio. € mehr als im Vorjahr.

Die Überschreitung im Hochbaubereich (einschließlich Dienstleistungspauschale an die SWH-U) belief sich auf 2,0 Mio. €. Während der Ansatz für Hochbaumaßnahmen bei den Schulen nicht ausgeschöpft wurde, wurden insbesondere in den Teilhaushalten des Amtes für Liegenschaften, des Amtes für Soziales und Senioren, des Kinder- und Jugendamtes und des Amtes für Sport und Gesundheitsförderung mehr Mittel benötigt.

Bei den Tiefbaumaßnahmen (+1,1 Mio. €) sind Mittel für ursprünglich in 2013 vorgesehene Maßnahmen teilweise erst in 2014 abgeflossen; außerdem sind die Kosten für die Straßenbeleuchtung gestiegen.

Bei den Landschaftsbaumaßnahmen (+ 0,2 Mio. €) führten insbesondere die Kosten für die Bahnstadt einschließlich Ausgleichsflächen sowie die Kosten für die Konversionsflächen und die Verkehrssicherung an Straßenbäumen zu Mehraufwendungen.

Der Mehrbedarf bei der **Unterhaltung des beweglichen Vermögens** verteilt sich auf eine Vielzahl von Ämtern.

Bei den **Mieten und Pachten** war vor allem die Zahlung an die BSG im Rahmen des ÖPP-Vertrags zur IGH höher als geplant (+0,3 Mio. €), da das Ausweichquartier (Container) länger benötigt wurde als geplant. Ebenfalls zu einem Mehrbedarf gegenüber dem Ansatz kam es beim Theater (+0,9 Mio. €) aufgrund von Nachforderungen der Theater- und Orchesterstiftung auch für das Jahr 2013.

Die Mehraufwendungen bei den Aufwendungen für die **Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen** entstanden überwiegend beim Tiefbauamt (+3,5 Mio. €), da mit Ausgliederung des Bereichs Abwasser aus dem städtischen Haushalt in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg der Straßenentwässerungsanteil nicht mehr als interne Leistungsverrechnung gebucht wird sondern als externer Aufwand. Außerdem sind beim Theater durch die Nutzung des neuen Hauses die Grundstücksbewirtschaftungskosten gegenüber dem Ansatz um 0,3 Mio. € angestiegen.

Zu Mehr- und Minderaufwendungen bei den **besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen** kam es in vielen Teilhaushalten. Die größten Minderaufwendungen entstanden beim Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (-1,9 Mio. €) insbesondere durch den Abzug der amerikanischen Streitkräfte, bei der Fremdensorgung des Biomülls und durch die räumlich begrenzte statt der flächendeckenden Einführung der Wertstofftonne. Die Mehraufwendungen beim Kinder- und Jugendamt (+1,0 Mio. €) haben eine rein formale Ursache: Aufwendungen u. a. für den Heidelberg-Pass und die Heilpädagogik in Kitas, die bei den Transferaufwendungen geplant waren, waren bei den besonderen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen zu buchen.

Bei den **Aufwendungen für sonstige Sach- und Dienstleistungen** waren beim Tiefbauamt Mittel i. H. v. 290 T€ veranschlagt für die Dienstleitungen der SWH im Rahmen der Abwassergebührenabrechnung. Diese Mittel wurden nicht benötigt, da mit Ausgliederung des Bereichs Abwasser diese Aufwendungen nun vom Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg zu leisten sind.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Planmäßige Abschreibungen</b>	<b>41,9</b>	<b>37,6</b>	<b>48,9</b>	<b>11,3</b>
darunter				
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	31,3	37,6	30,2	-7,4
Abschreibungen auf Finanzvermögen	6,8	0,0	16,3	16,3
Sonstige Abschreibungen	3,8	0,0	2,4	2,4

Wie bereits in 2013 wurden die Abschreibungen von Investitionskostenzuschüssen – anders als noch geplant – nicht mehr bei den **Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen** gebucht sondern bei den **sonstigen Abschreibungen**. Zusammen ergibt sich ein Rechnungsergebnis von 32,6 Mio. €. Die Planunterschreitung (-5,0 Mio. €) resultierte insbesondere aus der Ausgliederung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg, da hiermit auch der Übergang von Anlagevermögen verbunden war.

Bei den **Abschreibungen auf Finanzvermögen** wurden insbesondere die Absetzung unbebringlicher Forderungen sowie die Korrektur von Forderungen durch Wertberichtigung gebucht. In 2013 entfiel bei einem Ergebnis von 6,8 Mio. € allein ein Anteil von 4,2 Mio. € auf den Bereich der Steuern; in 2014 waren es hingegen nur 0,4 Mio. € von 0,9 Mio. €.

Der mit Abstand größte Betrag des Rechnungsergebnisses von 16,3 Mio. € war in 2014 mit 15,35 Mio. € die Abschreibung der Verlustabdeckung aus der Zuführung zur Kapitalrückstellung bei der SWH. Außerdem wurde bei den außerordentlichen Aufwendungen (siehe hierzu unter Ziffer 2.3) der Einsatz eines Teils der Kapitaleinlage bei der SWH zum Ausgleich des Jahresverlustes als außerordentliche Abschreibung gebucht (3,1 Mio. €).

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</b>	<b>8,0</b>	<b>9,1</b>	<b>6,8</b>	<b>2,3</b>
darunter				
Zinsen	7,5	9,1	6,4	-2,7
Sonstige Finanzaufwendungen	0,5	0,0	0,4	0,4

In 2013 wurden Kredite i. H. v. 8,4 Mio. € aufgenommen und in 2014 i. H. v. 5,0 Mio. € (ohne Umschuldungen). Damit lagen die Kreditneuaufnahmen deutlich unter dem Planansatz (Kreditermächtigung für 2013 i. H. v. 23,5 Mio. € und für 2014 i. H. v. 24,6 Mio. €). Außerdem wurden mit der Ausgliederung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg auch Kredite an diesen übergeben. Damit blieben in der Folge auch die **Zinsaufwendungen** unter dem Ansatz.

Bei den **sonstigen Finanzaufwendungen** wurde insbesondere die Aufzinsung von Rückstellungen gebucht. Diese belief sich auf 0,4 Mio. €. Hintergrund ist, dass Rückstellungen, deren vollständige Inanspruchnahme mehr als fünf Jahre nach der Bildung erfolgt, bei der Bildung abzuzinsen und über das Bestehen hinweg zu verzinsen sind.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Transferaufwendungen</b>	<b>177,8</b>	<b>196,1</b>	<b>191,0</b>	<b>-5,1</b>
darunter				
Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	52,6	64,5	58,6	-5,9
Schuldendiensthilfen	0,6	0,7	0,6	-0,1
Sozialtransferaufwendungen	61,6	64,3	63,0	-1,3
Steuerbeteiligungen	16,0	15,2	17,2	2,0
Allgemeine Umlagen	47,0	51,4	51,6	0,2

Ein Anstieg bei den **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke** gegenüber 2013 war vor allem beim Kinder- und Jugendamt zu verzeichnen (+5,4 Mio. €). Dort waren die Zahlungen an die Tagespflegekräfte ab 2014 bei den Zuweisungen und Zuschüssen zu buchen und nicht mehr bei den Transferaufwendungen (Ergebnis 2014: 2,8 Mio. €); außerdem stiegen aufgrund des Platzausbaus in Kindertageseinrichtungen die Zuschüsse an freie Träger, auch wenn hier die Ansätze nicht in voller Höhe benötigt wurden (Kinder von 0-6 Jahren in Einrichtungen: Plan 2014 39,4 Mio. €, Ergebnis 2014 31,6 Mio. €, Ergebnis 2013 29,1 Mio. €).

Unter dem Ansatz blieben auch die Zuweisungen und Zuschüsse beim Amt für Soziales und Senioren (-0,5 Mio. €), da sich insbesondere die Inbetriebnahme des Seniorenzentrums Boxberg / Emmertsgrund verzögert hat und außerdem die Mittel für das hier veranschlagte Sozialticket in den Teilhaushalt des Bürgeramtes umgeschichtet wurden.

Dass bei den **Sozialtransferaufwendungen** der Ansatz nicht ganz benötigt wurde, lag u. a. daran, dass die Unterstützungsleistungen des Kinder- und Jugendamts im Rahmen des Heidelberg-Passes (Essensgeld- und Beitragsübernahmen in Kitas) – wie schon in 2013 – bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gebucht wurden, obwohl sie noch bei den Sozialtransferaufwendungen veranschlagt waren (Ansatz 1,1 Mio. €). Außerdem waren ab 2014 die Zahlungen an Tagespflegekräfte bei den Zuweisungen und Zuschüssen zu buchen (Ansatz 2,7 Mio. €). Damit wird im Rechnungsergebnis für das Kinder- und Jugendamt nicht auf den ersten Blick deutlich, dass die Aufwendungen für Kinder- und Jugendhilfeleistungen (ohne UVG) um 0,8 Mio. € über dem Ansatz lagen (11,2 Mio. €).

Über dem Ansatz lagen auch die Sozialtransferleistungen, die vom Amt für Soziales und Senioren ausgezahlt wurden (Ansatz 48,2 Mio. €, Ergebnis 50,1 Mio. €). Ursache hierfür war eine Kostensteigerung bei den Hilfen zur Gesundheit (1,0 Mio. €), den Grundsicherungsleistungen (0,2 Mio. €) sowie der Hilfe für Flüchtlinge (1,3 Mio. €).

Bei den **Steuerbeteiligungen** wurde nur die Gewerbesteuerumlage gebucht; diese lag aufgrund der höheren Gewerbesteuerzahlungen über dem Haushaltsansatz.

Den **allgemeinen Umlagen** ist u. a. der Status-quo-Ausgleich nach § 22 FAG zugeordnet, mit dem die Be- und Entlastungen ausgeglichen werden, die den Stadt- und Landkreisen durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehen. Ein Faktor für den Ausgleich ist die Steuerkraft, so dass wir in 2014 nicht wie geplant eine Zahlung i. H. v.

1,2 Mio. € leisten mussten, sondern eine Zahlung i. H. v. 0,1 Mio. € erhalten haben (siehe hierzu auch unter „Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen“).

Mehraufwendungen i. H. v. 1,4 Mio. € fielen hingegen bei der FAG-Umlage an, da die Steuerkraft im dafür maßgeblichen Bezugsjahr 2012 höher war als in der Planung angenommen.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Sonstige ordentliche Aufwendungen</b>	<b>51,5</b>	<b>47,9</b>	<b>39,6</b>	<b>-8,3</b>
darunter				
Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen	0,3	0,3	0,3	0,0
Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten	9,1	8,2	9,1	0,9
Geschäftsaufwendungen	3,5	2,8	3,1	0,3
Steuern, Versicherungen, Schadensfälle	1,3	1,3	1,4	0,1
Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus lauf. Verwaltungstätigkeit	17,5	17,5	5,7	-11,8
Aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen	19,1	20,7	19,2	-1,5
Besondere Aufwendungen	0,7	0,6	0,8	0,2
Weitere sonstige Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (einschließlich Globalem Minderaufwand)	0,0	-3,5	0,0	3,5

Bei den **Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten** kam es insbesondere beim Theater durch den vermehrten Einsatz von Honorarkräften und notwendigen Aushilfen im neuen Haus zu Mehraufwendungen. Auch im Teilhaushalt Konversion entstand ein Mehrbedarf durch die stärkere Inanspruchnahme von Beratungsleistungen

Mit dem Übergang der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung auf den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg entfiel im städtischen Haushalt bei den **Erstattungen für Aufwendungen von Dritten aus laufender Verwaltungstätigkeit** auch der größte Teil der Umlage an den Abwasserzweckverband, so dass es im Teilhaushalt des Tiefbauamtes in 2014 dort zu Minderaufwendungen i. H. v. 11,7 Mio. € kam.

Unter „**aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung**“ werden insbesondere die Kosten der Unterkunft für den Personenkreis der Arbeitssuchenden nach SGB II (Hartz IV) gebucht. Da die Zahl der vom Jobcenter betreuten Bedarfsgemeinschaften geringer war als geplant, lagen die Aufwendungen unter dem Ansatz.

Bei den **weiteren sonstigen Aufwendungen** war der globale Minderaufwand i. H. v. 3,5 Mio. € als negativer Haushaltsansatz veranschlagt. Dieser Betrag war in den Teilhaushalten der Ämter durch entsprechende Minderaufwendungen zu erwirtschaften.

## 2.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Außerordentliche Erträge	8,5	0,0	6,0	6,0
Außerordentliche Aufwendungen	13,8	0,0	5,0	5,0

Die **Mehrerträge** in 2014 ergaben sich aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden über dem Restbuchwert (3,0 Mio. €), aus der Anpassung der Darstellung des ÖPP-Projekts zur Sanierung der IGH in der Bilanz i. H. v. 1,7 Mio. € (Abgleich Baufortschritt einerseits sowie Finanzierung andererseits) und i. H. v. 0,9 Mio. € beim Theater und Philharmonischen Orchester insbesondere aus finanztechnischen Bereinigungen, die auch die Vorjahre betrafen.

Bei den **außerordentlichen Aufwendungen** wurde in 2013 insbesondere eine Sonderabschreibung der Kapitaleinlage bei der SWH i. H. v. 10,0 Mio. € gebucht, nachdem die SWH einen Teil der Kapitaleinlage zum Ausgleich ihres Jahresverlustes aufgelöst hatte. In 2014 belief sich dieser Betrag auf 3,1 Mio. €. Allerdings kam es darüber hinaus in 2014 noch zur Abschreibung der Verlustabdeckung aus der Zuführung zur Kapitalrückstellung bei der SWH, die bei den planmäßigen Abschreibungen gebucht wurde (siehe hierzu unter Ziffer 2.2 bei den planmäßigen Abschreibungen).

Weitere außerordentliche Aufwendungen gab es insbesondere im Straßenbereich i. H. v. 1,4 Mio. € durch eine Korrektur in der Vermögensbewertung.

### 3. Erläuterungen zur Gesamtfinanzzrechnung

	Ergebnis 2013 in €	Plan 2014 in €	Ergebnis 2014 in €	+/- in 2014 in €
Summe Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	498.681.808	493.919.750	507.018.727	13.098.977
Summe Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	461.759.518	476.687.780	464.067.917	12.619.863
<b>Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts</b>	<b>36.922.290</b>	<b>17.231.970</b>	<b>42.950.810</b>	<b>25.718.840</b>
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	2.713.921	1.756.000	1.923.092	167.092
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten	297.095	500.000	896.079	396.079
Einzahlungen aus Veräußerung von Sachvermögen	10.740.000	7.725.000	7.484.295	-240.705
Einzahlungen aus Veräußerung von Finanzvermögen	874.163	450.500	392.579	-57.921
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	413.884	0	100.728	100.728
<b>Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>15.039.063</b>	<b>10.431.500</b>	<b>10.796.773</b>	<b>365.273</b>
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	11.359.097	7.000.000	2.616.819	-4.383.181
Auszahlungen für Baumaßnahmen	30.275.361	29.902.400	27.724.337	-2.178.063
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem und immateriellem Vermögen	9.989.992	8.685.020	10.139.581	1.454.561
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	16.700.000	10.350.000	21.000.350	10.650.350
Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen	8.901.989	12.648.550	7.045.512	-5.603.038
<b>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</b>	<b>77.226.439</b>	<b>68.585.970</b>	<b>68.526.599</b>	<b>-59.371</b>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-62.187.376</b>	<b>-58.154.470</b>	<b>-57.729.826</b>	<b>424.644</b>
<b>Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf</b>	<b>-25.265.087</b>	<b>-40.922.500</b>	<b>-14.779.016</b>	<b>26.143.484</b>
Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	8.364.286	32.436.710	8.900.000	-23.536.710
Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	4.428.364	13.558.600	8.190.415	-5.368.185
<b>Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>3.935.922</b>	<b>18.878.110</b>	<b>709.585</b>	<b>-18.168.525</b>
<b>Änderung des Finanzierungsmittelbestands</b>	<b>-21.329.165</b>	<b>-22.044.390</b>	<b>-14.069.431</b>	<b>7.974.959</b>
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	59.151.473	0	42.062.526	42.062.526
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	32.822.248	0	21.418.052	21.418.052
<b>Haushaltsunwirksame Vorgänge</b>	<b>26.329.225</b>	<b>0</b>	<b>20.644.474</b>	<b>20.644.474</b>
Anfangsbestand Zahlungsmittel	15.428.301	34.939.310	20.428.361	-14.510.949
Veränderung Zahlungsmittel	5.000.060	-22.044.390	6.575.043	28.619.433
Geldanlagen	23.500.000	0	2.400.000	2.400.000
<b>Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)</b>	<b>43.928.361</b>	<b>12.894.920</b>	<b>29.403.404</b>	<b>16.508.484</b>

Die Finanzrechnung bildet die Einzahlungen und Auszahlungen ab und setzt sich im Wesentlichen aus folgenden 3 Teilbereichen zusammen:

- laufende Verwaltungstätigkeit
- Investitionstätigkeit
- Finanzierungstätigkeit.

Für den Teilbereich „**laufende Verwaltungstätigkeit**“ kann im Wesentlichen auf die Erläuterungen zum Ergebnishaushalt (siehe Ziffer 2) verwiesen werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im ordentlichen Ergebnis auch nicht zahlungswirksame Vorgänge enthalten sind (z. B. Abschreibungen, Zuführungen zu und Auflösungen von Rückstellungen, Wertberichtigungen), die nicht in die Finanzrechnung einfließen.

Der Teilbereich „laufende Verwaltungstätigkeit“ schloss mit einem deutlich positiven Ergebnis von +43,0 Mio. € (Ansatz +17,2 Mio. €) ab. Dieser Betrag konnte zur Finanzierung der Investitionen und zur Senkung des Kreditbedarfs eingesetzt werden.

Im Teilbereich „**Investitionstätigkeit**“ lagen sowohl die Einzahlungen als auch die Auszahlungen in etwa auf Planniveau. Da Haushaltsreste aus 2013 i. H. v. 24,7 Mio. € zur Verfügung standen, die vorrangig bewirtschaftet wurden, bedeutet dies aber gleichzeitig, dass auch im Jahr 2014 die tatsächlich verfügbaren Mittel (Haushaltsansätze zuzüglich Haushaltsreste) nicht in der möglichen Größenordnung verausgabt wurden. Dies machte erneut die Übertragung hoher Haushaltsreste ins Folgejahr erforderlich. Erläuterungen zur Investitionstätigkeit finden Sie nachfolgend unter Ziffer 3.1 und 3.2.

Summiert man die Teilbereiche „laufende Verwaltungstätigkeit“ und „Investitionstätigkeit“, so ergibt sich daraus ein Finanzierungsmittelbedarf i. H. v. -14,8 Mio. €, der deutlich unter dem Ansatz liegt (-40,9 Mio. €). Dass dennoch ergänzend zu den Umschuldungen i. H. v. 3,9 Mio. € Kredite i. H. v. 5,0 Mio. € aufgenommen wurden, lag daran, dass diese Mittel für die Finanzierung des Ankaufs von Konversionsflächen in der Südstadt benötigt werden. Außerdem gehen wir davon aus, dass wir die nicht ausgeschöpfte Kreditermächtigung voraussichtlich in den Folgejahren zur Finanzierung der im investiven Bereich gebildeten Haushaltsreste benötigen werden. Zur **Finanzierungstätigkeit** siehe Erläuterungen unter Ziffer 3.3.

Die **haushaltsunwirksamen Vorgänge** schlossen im Saldo positiv ab, weil hier u. a. die Auflösung von Geldanlagen als Einzahlung zu buchen war. In 2014 wurden die Geldanlagen von 23,5 Mio. € auf 2,4 Mio. € gesenkt. Bereits im Haushaltsplan 2014 war der Einsatz vorhandener Kassenmittel zur Investitionsfinanzierung und damit zur Senkung des Kreditbedarfs vorgesehen.

Der **Zahlungsmittelbestand** (einschließlich Geldanlagen) hat sich gegenüber dem Vorjahr von 20,4 Mio. € um 9,0 Mio. € auf 29,4 Mio. € erhöht. Damit liegt er um 16,5 Mio. € höher als geplant; allerdings sind in diesem Betrag auch die 5,0 Mio. € aus der Kreditaufnahme für den Ankauf von Konversionsflächen enthalten. Zudem ist im Haushaltsplan für 2015/2016 vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand teilweise zur Eigenfinanzierung des Haushalts einzusetzen.

Damit belief sich der **Schuldenstand** (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2014 – auch unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Abwasserbeseitigung aus dem städtischen Haushalt in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg mit einem Schuldenübertrag i. H. v. 61,4 Mio. € – auf 131,6 Mio. € und lag damit deutlich unter dem geplanten Wert von 226,2 Mio. €.

Erläuterungen zu den haushaltsunwirksamen Vorgängen sowie zum Zahlungsmittelbestand und zum Schuldenstand finden sich unter Ziffer 3.4 unter dem Stichwort „Liquidität“. Der eilige Leser kann auch direkt bei Ziffer 4 – Lagebericht – fortfahren.

### 3.1 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Einzahlungen aus Investitionszuwendungen</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	2,7	1,8	1,9	0,1
TH 37 – Feuerwehr	0,1	0,1	0,3	0,2
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	0,3	0,5	0,7	0,2
TH 52 – Amt für Sport und Gesundheitsförderung	0,0	0,4	0,5	0,1
TH 66 – Tiefbauamt	1,7	0,8	0,2	-0,6
Sonstige	0,6	0,0	0,2	0,2

Die Feuerwehr hat Landeszuwendungen für den Erwerb von Fahrzeugen erhalten.

Im Schulbereich kam es zu Verschiebungen zwischen Ansatz und Ergebnis: so gingen die schon für 2013 eingeplanten Zuschüsse aus dem Treuhandvermögen Sanierung für die Schulhofmaßnahmen in der Eichendorffschule und in der Grundschule Emmertsgrund sowie der Landeszuschuss für die Sporthalle der Albert-Schweitzer-Schule erst in 2014 ein. Gleichzeitig hat sich die Auszahlung der in 2014 eingeplanten Landeszuschüsse für den Neubau der Sporthalle im Sportzentrum Mitte und für die Sanierungsarbeiten in der Sporthalle der Graf-von-Galen-Schule verzögert.

Das Amt für Sport- und Gesundheitsförderung hat in 2014 eine Teilzahlung des Bundeszuschusses für die energetische Sanierung der Klingenteichhalle erhalten.

Beim Tiefbauamt war der Eingang einer weiteren Teilzahlung des Landeszuschusses für die Baumaßnahme Ziegelhäuser / Neuenheimer Landstraße veranschlagt. Hierfür gingen in 2014 jedoch keine Mittel ein, da die Maßnahme noch nicht schlussgerechnet ist.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	0,3	0,5	0,9	0,4
TH 61 – Stadtplanungsamt	0,3	0,5	0,9	0,4

In 2014 gingen weitere Teile der Erschließungsbeiträge für das Baugebiet „Im Bieth“ ein. Eine endgültige Abrechnung war noch nicht möglich, so dass in 2015 mit weiteren Zahlungseingängen zu rechnen ist.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	10,7	7,7	7,5	-0,2
TH 23 – Amt für Liegenschaften	10,6	7,7	7,4	-0,3
Sonstige	0,1	0,0	0,1	0,1

Die Grundstücksverkäufe entwickelten sich nahezu planmäßig. Das Vorjahresergebnis war u. a. deswegen höher, weil darin auch der Übergang des Kinder- und Jugendtheaters Zwinger an die Theater- und Orchesterstiftung enthalten war.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	0,9	0,5	0,4	-0,1
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	0,9	0,5	0,4	-0,1

Im Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft wurden die Rückflüssen von Ausleihungen (Darlehen) gebucht, die an Dritte für Investitionen gewährt wurden.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	0,4	0,0	0,1	0,1
TH 66 – Tiefbauamt	0,3	0,0	0,0	0,0

Im Vorjahresergebnis waren beim Tiefbauamt insbesondere Kostenbeteiligungen für verschiedene Baumaßnahme enthalten.

Das Ergebnis 2014 beinhaltet mehrere, kleinere Beträge, insbesondere Rückzahlungen in Zusammenhang mit Baumaßnahmen.

### 3.2 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	11,4	7,0	2,6	-4,4
TH 23 – Amt für Liegenschaften	11,1	7,0	2,4	-4,6
Sonstige	0,3	0,0	0,2	0,2

Das hohe Ergebnis 2013 resultierte aus der Auflösung der Sonderrechnung Bahnstadt (5,8 Mio. €). Hierbei wurden die über die Sonderrechnung erworbenen Grundstücke in die städtische Bilanz übernommen. Ende 2014 hat der Gemeinderat beschlossen, Grundstücke auf den Konversionsflächen in der Südstadt mit einem Finanzvolumen von 9,2 Mio. € zu erwerben. Die kassenmäßige Abwicklung erfolgte jedoch erst in 2015, so dass die nicht verbrauchten Mittel in dieser Höhe aus 2014 ins Folgejahr übertragen wurden.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Auszahlungen für Baumaßnahmen</b> insbesondere in folgenden Teilhaushalten:	30,3	29,9	27,7	-2,2
TH 23 – Amt für Liegenschaften	4,8	3,2	4,4	1,2
TH 37 – Feuerwehr	0,1	1,4	1,3	-0,1
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	9,1	9,9	7,4	-2,5
TH 52 – Amt für Sport- und Gesundheitsförderung	0,3	2,4	1,8	-0,6
TH 66 – Tiefbauamt	9,8	9,8	10,0	0,2
TH 67 – Landschafts- und Forstamt	0,8	1,0	0,9	-0,1
TH 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	2,1	0,0	0,4	0,4
TH 81 – Amt für Verkehrsmanagement	1,1	1,4	0,6	-0,8
Sonstige	2,2	0,8	0,9	0,1

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2013 i. H. v. 14,3 Mio. € zur Verfügung.

In 2014 kam es insbesondere bei folgenden Baumaßnahmen zu größeren Auszahlungen:

- Amt für Liegenschaften:  
nutzungsspezifische Maßnahmen in der Halle 02, Sanierung Palais Graimberg
- Feuerwehr:  
Neubau von Feuerwehrgerätehäusern in Wieblingen und im Pfaffengrund
- Amt für Schule und Bildung:  
Neubau einer Mensa an der Kurpfalzschule, Sanierung bzw. Neubau Sporthalle Albert-Schweitzer-Schule und Sportzentrum Mitte, Neubau von naturwissenschaftlichen Fachräumen am Bunsen-Gymnasium, Sanierung der Küche der Internationalen Gesamtschule, Sanierung der Willy-Hellpach-Schule
- Amt für Sport- und Gesundheitsförderung:  
energetische Sanierung der Klingenteichhalle, Neubau der Sporthalle am Erlenweg, Sanierung der Halle 1 im Sportzentrum Nord
- Tiefbauamt:  
Fortführung Straßenerneuerungsprogramm, Infrastruktur Bahnstadt, Stadtgestaltung Altstadt/Innenstadt, Petertaler Straße, Harbigweg, Rohrbacher Straße, Bahnhofstraße, Kurfürstenanlage

Dass nicht alle verfügbaren Mittel benötigt wurden (Ansätze zzgl. Haushaltsreste) resultierte überwiegend aus einem langsameren Mittelabfluss beim Neubau des Feuerwehrgerätehauses Wieblingen, bei der Sanierung bzw. dem Neubau der naturwissenschaftlichen Fachräumen an der Theodor-Heuss-Realschule und am Bunsen-Gymnasium, bei der Sanierung der Willy-Hellpach-Schule und der Leichtathletikanlage der SG Kirchheim, bei der Erweiterung des Turnzentrums und bei der Pfeilersanierung der Neckarbrücken. Die Räume der Julius-Springer-Schule werden erst nach deren Umzug

auf die Konversionsflächen saniert. Nicht benötigt wurden die Ansätze für Kanalmaßnahmen (3,0 Mio. €); diese Maßnahmen werden nach Übergang der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung auf den Eigenbetrieb Stadtbetriebe über dessen Haushalt abgewickelt.

Neue Haushaltsreste nach 2015 wurden im Umfang von 15,4 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen</b>	<b>10,0</b>	<b>8,7</b>	<b>10,1</b>	<b>1,4</b>
insbesondere in folgenden Teilhaushalten:				
TH 11 – Personal- und Organisationsamt	0,5	0,6	0,7	0,1
TH 37 – Feuerwehr	0,7	1,1	1,4	0,3
TH 40 – Amt für Schule und Bildung	1,6	2,7	2,7	0,0
TH 44 – Theater und Philharmonisches Orchester	1,4	0,1	0,6	0,5
TH 67 – Landschafts- und Forstamt	1,2	0,3	0,4	0,1
TH 70 – Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung	2,5	1,8	1,4	-0,4
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	0,8	1,3	1,4	0,1
Sonstige	1,3	0,8	1,5	0,7

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2013 i. H. v. 2,9 Mio. € zur Verfügung.

Beim Amt für Schule und Bildung wurden in 2014 u. a. für die schrittweise Neuausstattung der Internationalen Gesamtschule im Rahmen der Sanierung Mittel i. H. v. 1,0 Mio. € verausgabt.

Die Sanierung der IGH erfolgt nicht unmittelbar über den städtischen Haushalt sondern im Rahmen eines ÖPP-Projekts durch die BSG. Hierfür zahlt die Stadt aus dem Teilhaushalt Allgemeine Finanzwirtschaft ein jährliches Finanzierungsentgelt an die BSG.

Neue Haushaltsreste nach 2015 wurden im Umfang von 2,6 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen</b>	<b>16,7</b>	<b>10,4</b>	<b>21,0</b>	<b>10,6</b>
insbesondere in folgenden Teilhaushalten:				
TH 20 – Kämmereiamt	15,5	10,4	15,4	5,0
TH FW – Allgemeine Finanzwirtschaft	1,2	0,0	5,6	5,6

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus 2013 i. H. v. 0,6 Mio. € zur Verfügung.

Die Zahlungen setzten sich im Wesentlichen wie folgt zusammen:

- Erhöhung der Kapitalrücklage der SWH i. H. v. 15,35 Mio. €
- Weiterleitung von Darlehen an das Treuhandvermögen Bahnstadt i. H. v. 5,0 Mio. €
- Gewährung von Darlehen an Dritte i. H. v. 0,65 Mio. €

Neue Haushaltsreste nach 2015 wurden im Umfang von 0,3 Mio. € gebildet.

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 In Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
<b>Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen</b>	<b>8,9</b>	<b>12,6</b>	<b>7,0</b>	<b>5,6</b>
insbesondere in folgenden Teilhaushalten:				
TH 20 – Kämmereiamt	0,0	0,5	0,5	0,0
TH 23 – Amt für Liegenschaften	0,7	1,5	0,8	-0,7
TH 37 – Feuerwehr	0,1	0,4	0,7	0,3
TH 50 – Amt für Soziales und Senioren	0,0	0,4	0,6	0,2
TH 51 – Kinder- und Jugendamt	3,5	4,6	2,1	-2,5
TH 52 – Amt für Sport und Gesundheitsförderung	1,4	2,4	0,7	-1,7
TH 63 – Amt für Baurecht und Denkmalschutz	2,2	2,0	0,8	-1,2
TH 81 – Amt für Verkehrsmanagement	0,5	0,6	0,1	-0,5
Sonstige	0,5	0,2	0,7	0,5

Neben dem Ansatz standen noch Haushaltsreste aus dem Vorjahr i. H. v. 6,9 Mio. € zur Verfügung. Die hohen Haushaltsreste entstanden dadurch, dass sich in 2013 die bauliche und / oder finanzielle Abwicklung mehrerer geförderter Vorhaben verschoben hatte. Hiervon betroffen waren u. a. der Tiergarten (TH 20), das Treuhandvermögen Sanierung (TH 23), das Altenpflegeheim Louise-Ebert-Haus (TH 50), die Investitionszuschüsse an freie Träger von Kitas (TH 51) und die Baumaßnahme Erlenweghalle (TH 52).

In der Folge wurden auch die Ansätze 2014 nicht in voller Höhe benötigt, da zunächst die Haushaltsreste zur Auszahlung kamen. Deutliche Verzögerungen gab es beim Abruf der Zuschüsse für die Förderung von Baumaßnahmen in Kindertageseinrichtungen durch freie Träger (TH 51). Hier müssen nun erneut hohe Haushaltsreste ins Folgejahr gebildet werden. Ebenfalls schleppend war der Mittelabruf aus dem Förderprogramm Rationelle Energieverwendung / Nachhaltiges Wassermanagement (TH 63) sowie bei den Erneuerungsgebieten (TH 23). Bei den Zuschüssen für Sportstätten (TH 52) hat der Gemeinderat in 2014 entschieden, dass die Baumaßnahme Erlenweghalle und der Bau einer Tribünenanlage im Fritz-Grunebaum-Rugbystadion als städtische Baumaßnahmen und nicht als Investitionsförderungsmaßnahmen abgewickelt werden.

Neue Haushaltsreste nach 2015 wurden im Umfang von 7,7 Mio. € gebildet.

### 3.3 Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8,4	32,4	8,9	-23,5
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	4,4	13,6	8,2	-5,4

Dank der Verbesserung des Zahlungsmittelüberschusses war es auch in 2014 nicht erforderlich, die im Haushaltsplan vorgesehene Kreditaufnahme in voller Höhe zu realisieren. Es wurde ein Darlehen i. H. v. 5,0 Mio. € aufgenommen zur Finanzierung des Ankaufs von Konversionsflächen in der Südstadt. Umschuldungen erfolgten i. H. v. 3,9 Mio. €. Getilgt wurden 4,3 Mio. €.

Damit belief sich der Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden) zum 31.12.2014 – auch unter Berücksichtigung der Ausgliederung der Abwasserbeseitigung aus dem städtischen Haushalt in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg mit einem Schuldenübertrag i. H. v. 61,4 Mio. € – auf 131,6 Mio. € und lag damit deutlich unter dem geplanten Wert von 226,2 Mio. €.

Da im Finanzhaushalt hohe Haushaltsreste von 2014 nach 2015 gebildet wurden (siehe nachfolgend unter Ziffer 3.4), gehen wir davon aus, dass wir die nicht ausgeschöpfte Kreditemächtigung voraussichtlich in den Folgejahren zur Finanzierung dieser Haushaltsreste benötigen werden.

### 3.4 Liquidität

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Haushaltsunwirksame Einzahlungen	59,1	0,0	42,1	42,1
Haushaltsunwirksame Auszahlungen	32,8	0,0	21,4	21,4

Bei den haushaltsunwirksamen Vorgängen handelt es sich um durchlaufende Gelder wie Umsatzsteuer und Mündelgeld sowie systembedingte Verrechnungsbuchungen der Gehaltsabrechnung. Außerdem werden hier alle Veränderungen bei den Geldanlagen gebucht (in 2014 die Auflösung von Geldanlagen i. H. v. 26,7 Mio. € und die Neuanlage i. H. v. 5,6 Mio. €).

	Ergebnis 2013 in Mio. €	Plan 2014 in Mio. €	Ergebnis 2014 in Mio. €	+/- in 2014 in Mio. €
Endstand Zahlungsmittel (mit Geldanlagen)	43,9	12,9	29,4	16,5

Die genannten Vorgänge der Finanzrechnung einschließlich der haushaltsunwirksamen Vorgänge haben dazu geführt, dass sich der **Zahlungsmittelbestand (einschließlich Geldanlagen)** in 2014 von 43,9 Mio. € auf 29,4 Mio. € verringert hat.

Der Zahlungsmittelbestand wird u. a. dann benötigt, wenn die von 2014 nach 2015 übertragenen Haushaltsermächtigungen (**Haushaltsreste**) sowie die **Budgetüberträge** zu kassenwirksamen Auszahlungen führen. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

	in Mio. €
Haushaltsreste (Ergebnishaushalt)	1,1
Haushaltsreste (Finanzhaushalt)	35,2
Budgetüberträge (Ergebnishaushalt)	4,5
Fehlbeträge im Budget (Ergebnishaushalt)	-1,6
<b>Vorbelastung gesamt</b>	<b>39,2</b>

Außerdem ist im Haushaltsplan für 2015/2016 vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand teilweise zur Eigenfinanzierung des Haushalts einzusetzen.

## 4. Lagebericht

### 4.1 Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Weltkonjunktur ist im Jahr 2014 hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Dennoch zeigte sich auch in 2014 die deutsche Wirtschaft trotz eines schwierigen internationalen Umfelds mit geopolitischen Spannungen und der anhaltenden Wachstumsschwäche im Euroraum in einer guten Verfassung. Als sehr robust erwies sich dabei der Arbeitsmarkt. So stieg die Erwerbstätigenzahl im Durchschnitt um 0,9 % an, während die Arbeitslosenquote um 0,2 Prozentpunkte sank. Die gute Entwicklung am Arbeitsmarkt ermöglichte spürbare reale Lohnsteigerungen. Zu einer weiteren Kaufkraftstärkung kam es durch den niedrigen Ölpreis, der prägend für eine moderate Preisniveauentwicklung war. Diese positive Gesamtsituation wirkte sich bei uns vor allem durch höhere Erträge bei der Gewerbesteuer, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und bei den Schlüsselzuweisungen aus; in der Summe überschritten diese drei Ertragsarten die Planansätze um 20,3 Mio. € (siehe hierzu auch Erläuterungen bei Ziffer 2.1 ordentliche Erträge).

Dennoch dürfen die aktuellen und künftigen Herausforderungen nicht unterschätzt werden: dies sind insbesondere der immer schneller werdende technologische Wandel, die Sicherung der Fachkräftebasis in einer alternden Gesellschaft und die Umstellung auf erneuerbare Energien. Vor diesem Hintergrund werden erhebliche zusätzliche Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes benötigt.

Auch die Haushalte der Stadt Heidelberg stellen sich in den letzten und in den nächsten Jahren verstärkt dem Investitionsbedarf, der für eine Zukunftsfähigkeit erforderlich ist: dieser reicht vom Abbau des Sanierungsstaus vor allem im Bereich der Schulen und Straßen, vom Reagieren auf veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse wie dies vor allem in den Bereichen der Kinderbetreuung und Bildung der Fall ist sowie der Gestaltung aktueller Handlungsfelder wie Mobilität und Klimaschutz.

Ebenfalls eine große Herausforderung stellt die hohe Zahl an Flüchtlingen dar. Laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden in 2014 202.834 Asylanträge gestellt, das sind rund 60 % mehr als im Vorjahr. Anfang 2015 hatte man für das laufende Jahr mehr als 400.000 Anträge erwartet. Mitte August 2015 wurde die Prognose auf bis zu 800.000 Asylbewerber bzw. Flüchtlinge nach oben korrigiert. Davor hatten sich Bund, Länder und Kommunen bereits Mitte 2015 darauf verständigt, dass der Bund seine Hilfe für Länder und Kommunen im laufenden Jahr verdoppelt und sich ab 2016 strukturell und dauerhaft an den gesamtstaatlichen Kosten beteiligt. Wichtige Themen für die Kommunen sind hierbei insbesondere die Deckung des zusätzlichen Bedarfs an Wohnungen, die Kosten der Gesundheitsversorgung, der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen und ein eigenständiges, stark beschleunigtes Verfahren für offensichtlich unbegründete Asylbegehren.

Auch in Heidelberg sind diese Fragestellungen von zentraler Bedeutung. Neben der finanziellen Seite geht es vor allem um die Integration der Menschen, die in Unterkünften der Stadt Heidelberg leben – im Frühjahr 2015 sind dies mehr als 600. Darüber hinaus betreibt das Land Baden-Württemberg eine befristete Notunterkunft zur Erstaufnahme von Flüchtlingen auf dem ehemaligen US-Militärgelände Patrick Henry Village.

Bund, Länder, Kommunen und Verbände haben sich in 2014 im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen zusammengeschlossen, nachdem es bei einer wachsenden Wohnungsnachfrage in vielen Wachstumsregionen zunehmend schwerer geworden ist, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Außerdem ist ein Mangel an generationengerechtem Wohnraum zu beheben.

In Heidelberg wird bis 2030 ein Anstieg der Haushaltzahlen um 10 % erwartet, so dass laut Wohnraumbedarfsanalyse über die Bahnstadt und die Konversionsflächen hinaus 6.200 Wohnungen benötigt werden. Über Maßnahmen und Strategien, wie die Stadt dem wachsenden Wohnraumbedarf sozial ausgewogen begegnen kann, hat der Gemeinderat im November 2014 in einer Klausursitzung gemeinsam mit Vertretern/-innen der Heidelberger Wohnungswirtschaft sowie Interessenvertretern/-innen zum Thema Wohnen und Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung beraten und eine enge Zusammenarbeit mit allen wohnungspolitischen Akteuren vereinbart. Das Handlungsprogramm Wohnen, das der Gemeinderat Anfang 2015 auf den Weg gebracht hat, soll künftig eine strategische Klammer für alle Maßnahmen der Heidelberg Wohnungspolitik bilden.

Quellen:

1. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 2014/2015
2. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Jahreswirtschaftsbericht 2015
3. Bundesministerium der Finanzen, Monatsbericht Januar 2015
4. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Pressemitteilung vom 14.01.2015
5. Deutscher Städtetag, Pressemitteilung zum Treffen zur Flüchtlingspolitik vom 12.06.2015
6. Pressekonferenz von Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière zur Jahresprognose der Asylbewerberzahlen am 19.08.2015
7. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Pressemitteilung vom 23.02.2015

## 4.2 Stand der Aufgabenerfüllung

Die allgemeinen Aufgabenbeschreibungen und die Zielsetzungen für die einzelnen Ämter sind im Produkt- und Leistungsplan der Stadt Heidelberg hinterlegt. Über **wesentliche Veränderungen bei den Standardaufgaben** berichten wir nachfolgend unter Ziffer 4.2.1.

Für den Gemeinderat steuerungsrelevante Ziele und Maßnahmen werden in den Teilhaushalten und in den Jahresberichten der zuständigen Ämter abgebildet. Über **Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten**, die über einen längeren Zeitraum eine wesentlichen finanzielle und / oder grundsätzliche Bedeutung für unseren Haushalt haben, informieren wir darüber hinaus zusätzlich komprimiert unter Ziffer 4.2.2.

**Ämterübergreifende Großprojekte** sind unter Ziffer 4.2.3 dargestellt.

### 4.2.1 Wesentliche Veränderungen bei den Standardaufgaben

Im Jahr 2014 war eine stetige Erfüllung der kommunalen Aufgaben gewährleistet. Im Bereich der Standardaufgaben gab es insbesondere die nachfolgenden wesentlichen Veränderungen gegenüber 2013. Dargestellt sind vor allem diejenigen Veränderungen, die sich finanziell dauerhaft auf der Ertrags- und / oder Aufwandsseite auswirken.

- Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte/-innen von 40 auf 48
- Einrichtung von Bezirksbeiräten in der Bahnstadt und in der Südstadt
- Umsetzung der Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes (u. a. Erhöhung des Umfangs der Freistellung)
- Einführung eines Sozialtickets (subventionierte Zeitkarte für den Nahverkehr; siehe hierzu auch unter Ziffer 4.2.3)
- Vorbereitung der Einrichtung eines Welcome Center in 2015
- Neuregelung des Plakatierens von Veranstaltungen mit DIN-A1-Plakaten
- Start der Grundschule Bahnstadt zum Schuljahresbeginn 2014/2015 im Interimsquartier in der Graf-von-Galen-Schule
- weiterer Ausbau des Betreuungsangebots für Grundschulkindern am Standort Schule
- Neuorganisation der Essensversorgung an den Gymnasien mit Vergabe an einen Caterer zum Schuljahresbeginn 2014/2015 einschließlich Beginn der Einführung eines automatisierten Bestell- und Abrechnungssystems für den Mittagstisch
- Inbetriebnahme der neuen Sporthalle im Sportzentrum Mitte
- Durchführung der ersten Tanzbiennale Heidelberg in Kooperation von UnterwegsTheater und dem Theater und Orchester Heidelberg
- Heidelberg wird erste UNESCO City of Literature in Deutschland
- Aufstockung des Personals beim Theater in den bühnentechnischen Bereichen und in der Haustechnik aufgrund veränderter Anforderungen im Bereich Arbeitssicherheit
- Förderung des neu eröffneten Seniorenzentrums Boxberg / Emmertsgrund
- Einrichtung und Inbetriebnahme eines zeitlich befristeten Winternotquartiers für die Erstaufnahme von Flüchtlingen durch das Land in Patrick-Henry-Village
- weiterer Ausbau des Betreuungsplatzangebots für Kinder in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege einschließlich Bereitstellung einer Interimskita in der Bahnstadt (siehe hierzu auch unter Ziffer 4.2.2 und 4.2.3)
- Aktualisierung und Präzisierung der Grundsätze zum barrierefreien Bauen
- Überführung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb „Stadtbetriebe Heidelberg“

#### 4.2.2 Wesentliche Ziele, Maßnahmen und Kennzahlen aus den Teilhaushalten

Nachfolgend werden Aufgaben- bzw. Ausgabenschwerpunkte dargestellt, die über einen längeren Zeitraum eine wesentliche finanzielle und grundsätzliche Bedeutung für unseren Haushalt und dessen weitere Entwicklung haben. Damit sind es Themen, die sich zentral auf den Gesamthaushalt und seine Finanzierung auswirken und die so auch die Handlungsspielräume für die anderen Aufgaben mitbestimmen. Somit sind es Themen mit hoher Steuerungsrelevanz.

##### Teilhaushalt 20 – Kämmereiamt

Die Stadtwerke Heidelberg GmbH ist in 2014 mit einer Bilanzsumme von 487 Mio. €, fast 1.100 Beschäftigten und jährlichen Erträgen und Aufwendungen von knapp unter 250 Mio. € die größte Beteiligungsgesellschaft der Stadt Heidelberg. Ihre Jahresergebnisse werden von der wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Organgesellschaften bestimmt, insbesondere von den Jahresfehlbeträgen der Heidelberger Straßen- und Bergbahn GmbH und der SWH-B. Angesichts der Fehlbeträge sowie der aktuellen und künftigen Investitionsschwerpunkte (u. a. Holz-Heizkraftwerk, Mobilitätsnetz) fließen erhebliche Zahlungen von der Stadt Heidelberg an die Stadtwerke Heidelberg GmbH:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
Ergebnishaushalt	7,8	0,0	12,0	0,0	0,0	0,0
Finanzhaushalt	0,0	14,2	0,0	16,0	10,4	15,4

##### Teilhaushalt 15 – Bürgeramt

Federführend von Amt 15 bearbeitet werden die beiden Vergünstigungssysteme „Heidelberg-Pass“ und „Sozialticket“, die sich gezielt an Familien und Senioren bzw. an sozial Schwache richten. Ziel ist es, das soziale Heidelberg weiter zu stärken und dazu beizutragen, allen Menschen gute Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten.

- Heidelberg-Pass  
In folgenden Teilhaushalten wurden in 2014 für Leistungen nach dem Heidelberg-Pass Mittel bereitgestellt:  
Amt 15 – Bürgeramt: 384 T€  
Amt 40 – Amt für Schule und Bildung: 73 T€  
Amt 51 – Kinder- und Jugendamt: 840 T€ (kostenfreier Mittagstisch und Übernahme der Elternentgelte in Kitas)
- Sozialticket  
Am 24.07.2013 hat der Gemeinderat 536.000 € bereitgestellt, mit denen in 2014 die Inhaber des Heidelberg-Pass und des Heidelberg-Pass+ unter bestimmten Voraussetzungen einen monatlichen Zuschuss zur ÖPNV-Monats- bzw. Jahreskarte erhalten können. Dadurch hat sich der Mittelbedarf beim Heidelberg-Pass gegenüber 2013 reduziert.

##### Teilhaushalt 40 – Amt für Schule und Bildung

Seit Jahren sind im Haushalt erhebliche Mittel für die Sanierung, für Neubauten und für Erweiterungen von Schulen veranschlagt, um den Sanierungsstau abzubauen, den Schulen die erforderlichen Räume bereitzustellen und der veränderten Rolle von Schulen in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts Rechnung zu tragen.

Im Ergebnis- und Finanzhaushalt (einschließlich der Sanierung der Internationalen Gesamtschule durch die BSG im Rahmen eines ÖPP-Projekts) wurden folgende Mittel bereitgestellt:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
Stadt Heidelberg	16,3	20,0	16,6	8,0	11,3	12,2
BSG	0,0	3,1	1,3	9,8	6,9	7,4
<b>gesamt</b>	<b>16,3</b>	<b>23,1</b>	<b>17,9</b>	<b>17,8</b>	<b>18,2</b>	<b>19,6</b>

Die finanziell bedeutendsten Maßnahmen in 2014 waren der Neubau der Sporthalle im Sportzentrum Mitte, die Sanierung der Sporthalle der Albert-Schweitzer-Schule, die Sanierung der Küche der IGH, der Neubau einer Mensa an der Kurpfalzschule und der Neubau der naturwissenschaftlichen Fachräume am Bunsen-Gymnasium. Auch im Doppelhaushalt 2015/2016 sind wieder erhebliche Mittel für Schulmaßnahmen veranschlagt.

### Teilhaushalt 50 – Amt für Soziales und Senioren Teilhaushalt JC – Jobcenter Heidelberg

Das Budget des Amtes für Soziales und Senioren bindet zusammen mit dem Budget des Jobcenters einen beträchtlichen Anteil städtischer Mittel.

Gesamtbudgets Amt 50 und Jobcenter in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
Ordentlicher Ertrag	19,2	18,7	21,5	23,0	27,5	32,1
Ordentlicher Aufwand	75,1	76,3	78,6	78,0	81,1	86,2
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-55,9</b>	<b>-57,6</b>	<b>-57,1</b>	<b>-55,0</b>	<b>-53,6</b>	<b>-54,1</b>

Ausgabeschwerpunkte sind dabei insbesondere:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
Leistungen an Arbeitssuchende für Kosten der Unterkunft und Heizung	18,6	19,3	19,1	18,5	18,2	18,1
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung / Hilfe zum Lebensunterhalt	10,0	10,0	11,2	11,7	12,4	13,1
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	15,9	15,8	16,0	15,8	17,0	17,3
Hilfe zur Pflege	10,2	9,9	11,0	10,9	11,6	11,7
Hilfen für Flüchtlingen	1,2	1,5	1,7	1,6	2,1	3,2

Bundesweit steigende Sozialausgaben engen immer wieder die Handlungsspielräume der Kommunen ein und stellen vielerorts eine große Belastung dar. Daher erfolgte zur teilweisen Kompensation des Anstiegs der Aufwendungen u. a. die Erhöhung der Ausgleichsleistungen des Bundes für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (100 %) und eine Erhöhung der Erstattungsleistungen im Rahmen des Flüchtlingsaufnahmegesetzes. Ab 2015 erhalten die Kommunen außerdem im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz vom Bund eine Sofort-Entlastung i. H. v. 1 Mrd. €.

### Teilhaushalt 51 – Kinder- und Jugendamt

Durch die Schaffung neuer Betreuungsplätze für Kinder bis zum Schuleintritt und durch die Umwandlung bestehender Plätze in Ganztagesplätze wird die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie seit Jahren wesentlich unterstützt. Bis Ende 2014 stieg der Versorgungsgrad im Bereich der Kleinkindbetreuung (Kitas und Tagespflege) auf über 48 % – ein Spitzenwert für Westdeutschland – an. Der Platzausbau geht auch in 2015 und 2016 aufgrund der Nachfrage, insbesondere in der Bahnstadt, sowie unter Berücksichtigung der Entwicklung auf den Konversionsflächen, weiter. Die Zahl der Betreuungsplätze in Einrichtungen hat sich wie folgt entwickelt (je Kindergartenjahr; Stadt und freie Träger):

Anzahl Plätze für	RE 2008/2009	RE 2009/2010	RE 2010/2011	RE 2011/2012	RE 2012/2013	RE 2013/2014
0 – 3 Jährige	977	1.013	1.161	1.240	1.410	1.529
3 – 6 Jährige	3.635	3.718	3.821	3.881	4.184	4.181

Im Zuge des Platzausbaus und den Veränderungen in der Landesförderung für Kinderbetreuung hat sich während der letzten Jahre auch das Ertrags- und Aufwandsvolumen bei Produktgruppe 36.50 (Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege) erheblich verändert.

Produktgruppe 36.50 in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
Ordentlicher Ertrag	10,2	13,5	15,5	26,4	27,8	25,7
Ordentlicher Aufwand	32,5	36,0	39,0	43,1	52,1	56,7
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>-22,3</b>	<b>-22,5</b>	<b>-23,5</b>	<b>-16,7</b>	<b>-24,3</b>	<b>-31,0</b>

### Teilhaushalt 52 – Amt für Sport- und Gesundheitsförderung

In Heidelberg spielen Sport und Bewegung eine große Rolle. Mit mehr als 130 Vereinen gibt es eine lebendige Vereinslandschaft. Daher investiert die Stadt kontinuierlich in die Verbesserung und Erweiterung ihres eigenen Sportstättenangebots und unterstützt darüber hinaus die Vereine bei deren investiven Maßnahmen. Das Amt für Sport- und Gesundheitsförderung hat hierfür folgende Mittel verausgabt:

in Mio. €	RE 2009 in €	RE 2010 in €	RE 2011 in €	RE 2012 in €	RE 2013 in €	RE 2014 in €
eigene Baumaßnahmen (investiv)	0,3	0,1	0,1	0,1	0,3	1,9
Investitionszuschüsse an Vereine	0,7	0,1	0,1	0,1	1,4	0,6
<b>gesamt</b>	<b>1,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>1,7</b>	<b>2,5</b>

Schwerpunkte in 2013 und 2014 waren bei den Zuschüssen der Fußballcampus Neuenheim-Handschuhsheim und der Kunstrasenplatz des TSV Wieblingen. Begonnen wurde mit dem Neubau einer Tribüne im Fritz-Grunebaum-Stadion sowie mit der energetischen Sanierung der Klingenteichhalle und der Erneuerung der Haustechnik der Halle 1 im Sportzentrum Nord. Hinzu kommen die Mittel, die das Amt für Schule und Bildung in Maßnahmen im Bereich der Schulsportstätten im oben dargestellten Zeitraum investiert hat: für den Neubau von Sporthallen an der Albert-Schweitzer-Schule und im Sportzentrum Mitte sowie insbesondere die Sanierung der Steinbachhalle und der Sporthallen an der Pestalozzischule und der Albert-Schweitzer-Schule.

Im Haushaltsplan 2015/2016 sind beim Amt für Sport- und Gesundheitsförderung für Bauinvestitionen und für Investitionszuschüsse an Vereine insgesamt 10,1 Mio. € veranschlagt, u. a. für den Neubau der Sporthalle am Erlenweg, für die Erweiterung des Turnzentrums, für die Kunstrasenplätze des TSV Handschuhsheim und des HC Heidelberg und für Erneuerungsmaßnahmen im Sportzentrum Ost.

In der Bahnstadt entsteht im Rahmen des ÖPP-Projekts B<sup>3</sup> - Gadamerplatz in Zusammenhang mit der Schule auch eine Turnhalle. Mit dem Zuschlag im Programm „alla hopp!“ der Dietmar-Hopp-Stiftung bekommt Heidelberg zudem eine generationenübergreifende Bewegungsanlage in Kirchheim. Außerdem wurden für eine vertiefende Konzepterstellung zum Bau einer multifunktionalen Großsporthalle Planungsmittel veranschlagt.

### Teilhaushalt 66 – Tiefbauamt

Während in den zurückliegenden Jahren beim Thema „Infrastruktur“ vorrangig das Schulsanierungsprogramm und die Erweiterungen des Betreuungsplatzangebots in Kindertagesstätten genannt wurden, ist in 2013 das Thema „Straßensanierungen“ stärker in den Vordergrund getreten. So wurde dem Gemeinderat im 2. Quartal 2013 eine Aktualisierung des Straßenzustandskatasters als Datenbasis für Aussagen zum Sanierungsbedarf von Straßen vorgelegt. Danach geht die Verwaltung davon aus, dass neben den bisher in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehenen Projekten ein jährlicher Mittelmehrbedarf i. H. v. 5 bis 7 Mio. € besteht. Diese Mittel verteilen sich anteilig auf die SWH (Leitungen), den Eigenbetrieb Stadtbetriebe bzw. den AZV (Kanäle) und die Stadt und müssten kontinuierlich über einen längeren Zeitraum bereitgestellt werden.

Für unmittelbare konkrete Verbesserungsmaßnahmen wurden in 2013 bzw. 2014 erhebliche Mittel überplanmäßig für die Sanierung des Harbigweges und die Erneuerung der Hardtstraße bereitgestellt.

Im Haushalt 2015/2016 liegt der Ansatz für Investitionen in Tiefbaumaßnahmen bei 10,3 Mio. € (2015) bzw. 10,4 Mio. € (2016).

### 4.2.3 Übergreifende Aufgaben und Projekte

Insbesondere die nachfolgenden übergreifenden Aufgaben und Projekte haben über einen längeren Zeitraum wesentliche finanzielle und strukturelle Bedeutung. Während an dieser Stelle im Wesentlichen über den aktuellen Sachstand berichtet wird, werden diese Projekte nochmals unter dem Ausblick in Ziffer 6 aufgegriffen, wenn es um die Einschätzung der mit ihnen verknüpften Chancen und Risiken geht.

#### Bahnstadt

Der neue Heidelberger Stadtteil Bahnstadt entwickelt sich weiterhin sehr dynamisch: Ende 2014 – fünf Jahre nach dem ersten Baggerbiss – lebten in der Bahnstadt fast 2.300 Menschen. Fast 1.000 Arbeitsplätze sind bisher neu entstanden. Mit diesem unerwartet hohen Entwicklungstempo konnte die Bereitstellung der Infrastruktur nicht ganz mithalten: die Fertigstellung des Gebäudekomplexes B<sup>3</sup> bestehend aus einer Grundschule, einer weiteren Kindertageseinrichtung, einer Sporthalle und einem Bürgerzentrum, für den der Gemeinderat im Dezember 2014 die Ausführungsgenehmigung erteilt hat, wird erst für 2017 erwartet. Daher wurden in 2014 sowohl für die Schule als auch für die Kindertageseinrichtung Interimslösungen bereitgestellt. Weiter vorangetrieben wurden in 2014 auch die Projekte Sanierung der Güterhallen, Multiplexkino und Nahversorgungszentrum. Die zentralen Projekte in Sachen Mobilität werden in 2015 die Erschließung Achse Grüne Meile und die Straßenbahn sein.

#### Konversion

Nach dem Abzug der amerikanischen Streitkräfte stehen rund 180 Hektar Fläche bereit, deren neue Nutzung im intensiven Dialog mit der Bürgerschaft entwickelt wird. Als Ziele wurden die Schaffung lebendiger Quartiere, preiswerten Wohnraums, attraktiver Freizeit- und Kulturangebote sowie die Bereitstellung von Flächen für Wissenschaft und Wirtschaft definiert. Bis Anfang 2015 hatte die Entwicklung folgenden Stand erreicht:

- **Mark Twain Village / Campell Barracks:**  
Im September 2014 haben sich Stadt und BlmA über den Verkauf der Flächen verständigt, die überwiegend nicht unmittelbar durch die Stadt sondern über hierzu eigens gegründete Gesellschaften erworben werden. Am weitesten fortgeschritten ist die Entwicklung im Bereich des Mark Twain Village, wo vorhandene Gebäude überwiegend für Wohnzwecke saniert und nachgenutzt werden können, in Teilbereichen auch mit einer ergänzenden Nachverdichtung. Hier liegt bereits ein Bebauungsplanentwurf offen, während ein weiterer nach einem städtebaulichen Wettbewerb vorbereitet werden kann.  
Für die Verlegung des Kulturzentrums Karlstorbahnhof auf die Fläche Campell Barracks sowie der Julius-Springer-Schule in die ehemalige Mark-Twain-Schule hat der Gemeinderat Mittel in den Haushalt 2015/2016 eingestellt.
- **Hospital:**  
Der Siegerentwurf des städtebaulichen Ideenwettbewerbs zeigt die künftige Struktur des Gebiets auf, bei dem die Wohnnutzung im Vordergrund steht, aber u. a. auch Gewerbe, ein Park und die Nachnutzung markanter Bestandsgebäude (darunter auch das Theater und die Sporthalle) berücksichtigt wird. Auf dieser Basis können die Ankaufverhandlungen geführt werden.
- **Patton Barracks:**  
Im Gegensatz zu den vorgenannten Flächen gibt es hier gute Rahmenbedingungen für eine Wirtschaftsfläche. So könnte ein „Business Development Center Organische Elektronik“ entstehen. Im Rahmen des RegioWIN-Wettbewerbs des Landes war Heidelberg erfolgreich und kann nun einen konkreten Förderantrag auf EU-Mittel stellen.
- **Airfield / Patrick Henry Village:**  
Hier ist die Entwicklung weniger weit fortgeschritten als bei den anderen Flächen; zur Zeit gibt es auf Teilflächen Zwischennutzungen durch Dritte, insbesondere die vom Land betriebene Flüchtlingsnotunterkunft.

#### Internationale Bauausstellung (IBA) „Wissen | schafft | Stadt“

Im Frühjahr 2014 hatte das IBA-Kuratorium die ersten IBA-Kandidaten gekürt, darunter auch folgende Projektideen der Stadt bzw. ihrer Tochtergesellschaften: B<sup>3</sup> - Bildung, Betreuung, Begegnung; International Welcome Center; Erneuerung des Hauses der Jugend; Zukunfts-Wissenspeicher Energie und Technik (EnergiewendePark); Biodiversitätszentrum „Das Bio“; Wissensparcours des ExploHeidelberg. Danach wurden die Projektideen mit Unterstützung des IBA-Büros weiterbearbeitet, insbesondere in Sachen wissensgerechte Architektur. Bis zum Frühsommer 2015 waren das Projekt B<sup>3</sup> - rechtzeitig vor Baubeginn im Sommer – und drei nichtstädtische Projekte soweit ausgereift, dass sie vom Aufsichtsrat zum IBA-Projekt erklärt werden konnten.

### **Mobilitätsnetz**

Im Mobilitätsnetz werden Neu- und Ausbauprojekte im Heidelberger Straßenbahnnetz gebündelt und zu einem Maßnahmenpaket zusammengefasst. In 2014 wurden zu 6 der insgesamt 8 Einzelmaßnahmen vom Gemeinderat Beschlüsse gefasst, so dass sich danach folgender Zeitplan ergibt: Baubeginn für die Maßnahme Gleiserneuerung Kurfürstenanlage Ost inklusive 2 Haltestellen im Sommer 2015 (Bauzeit 5 Monate), Baubeginn für die Maßnahmen Straßenbahn Pfaffengrund, Heidelberg Hauptbahnhof / Kurfürstenanlage West, Bahnstadt und Neubau BAB-Brücke über die A5 nach Eppelheim jeweils in 2016. Für das Teilprojekt Straßenbahn „Im Neuenheimer Feld“ hatte der Verwaltungsgerichtshof Ende 2014 einen vorläufigen Stopp der Ausführungsplanung verfügt, so dass in 2015 nach Lösungen gesucht wird, wie das Projekt unter Berücksichtigung von Veränderungen dennoch realisiert werden kann. Auch die Arbeiten am Masterplan Neuenheimer Feld, der die konzeptionelle Grundlage für eine zukünftige Entwicklung des Neuenheimer Feldes einschließlich seiner Vernetzung und verkehrlichen Erschließung bildet, sollen gemeinsam mit der Universität intensiviert werden.

### **Neues Konferenzzentrum**

Nachdem der Gemeinderat im Dezember 2013 den grundsätzlichen Bedarf für ein neues Konferenzzentrum bestätigt hatte, wurde in 2014 eine Bürgerbeteiligung zur Standortsuche durchgeführt. Im Mai 2015 hat der Gemeinderat dann auf dieser Basis die Verwaltung beauftragt, für 5 konkrete Standorte die Machbarkeit zu prüfen, Finanzierungsmodelle und Betreiberkonzeptionen zu erstellen und hierzu eine Bürgerbeteiligung durchzuführen.

### **Masterplan 100 % Klimaschutz**

Seit 2012 beteiligt sich Heidelberg am Förderprogramm „Masterplan 100 % Klimaschutz“. Ziel ist die klimaneutrale Kommune: bis 2050 will Heidelberg die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 95 % reduzieren. Im Sommer 2014 hat der Gemeinderat beschlossen, den Prozess zur klimaneutralen Kommune fortzuführen und weiterzuentwickeln. Aufgezeigte Maßnahmevorschläge sollen auf Umsetzbarkeit geprüft und im Einzelfall zur Beschlussfassung vorgelegt werden. In 2015 wird es vor allem auch darum gehen, möglichst viele Heidelberger/-innen zu erreichen und in den Umsetzungsprozess einzubinden.

## 5. Jahresabschlussanalyse

Zur Analyse des Jahresabschlusses stellen wir nachfolgend zentrale Kennzahlen in Form von Zeitreihen und ergänzt um Planzahlen für kommende Jahre sowohl schriftlich als auch grafisch dar. Diese komprimierte und optisch leicht aufzunehmende Darstellungsform soll die Haushaltssteuerung durch Verwaltung und Gemeinderat unterstützen. Die Zahlen für die Jahre 2015 und 2016 stammen aus dem Haushaltsplan 2015/2016, den der Gemeinderat am 26.03.2015 beschlossen hat.

Bei der Nutzung der Kennzahlen ist zu beachten, dass Einzelfallentwicklungen (z. B. die Bildung oder Auflösung von Rückstellungen) einige Kennzahlen erheblich beeinflussen können. Daher müssen die Kennzahlen und Grafiken zum einen erläutert werden und zum anderen sollten sie immer nur im Gesamtkontext gemeinsam mit anderen Kennzahlen betrachtet werden.

### 5.1 Ergebnisrechnung

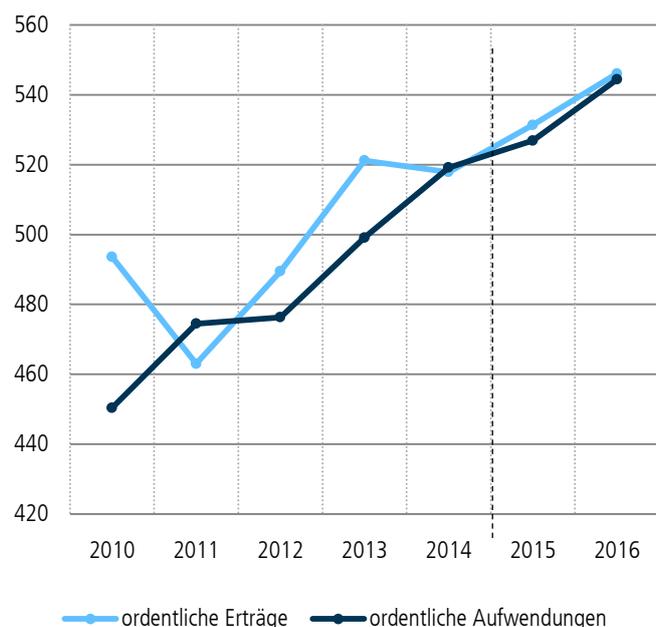
in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Ordentliche Erträge	493,6	463,0	489,5	521,2	517,9	531,4	546,1
Ordentliche Aufwendungen	450,4	474,5	476,3	499,1	519,2	526,9	544,4
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>43,2</b>	<b>-11,6</b>	<b>13,2</b>	<b>22,1</b>	<b>-1,3</b>	<b>4,5</b>	<b>1,7</b>

Dass die **ordentlichen Erträge** in 2010 die ordentlichen Aufwendungen so deutlich überstiegen, lag vor allem an hohen Rückstellungsaufösungen (45,8 Mio. €).

In 2011 gingen nicht nur die Rückstellungsaufösungen gegenüber 2010 deutlich zurück sondern auch die Schlüsselzuweisungen (-15,7 Mio. €).

In 2012 waren vor allem die Gewerbesteuer und die Zuweisungen und in 2013 die Schlüsselzuweisungen überproportional stark gestiegen, so dass die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen wieder übertrafen.

Das Jahr 2014 wurde auf die Ertragsseite wesentlich von der Ausgliederung der kostenrechnenden Einrichtung Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe Heidelberg geprägt, da damit die Abwassergebühren nicht mehr an die Stadt direkt sondern an den Eigenbetrieb zu zahlen waren (-14,9 Mio. € gegenüber 2013). Außerdem lagen die Gewerbesteuererträge um 9,8 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis. Diese Entwicklung wurde durch höhere Schlüsselzuweisungen (+15,4 Mio. € gegenüber 2013) nur teilweise kompensiert.



Der Anstieg der **ordentlichen Aufwendungen** von 2012 nach 2013 resultierte insbesondere aus höheren Personal- und Versorgungsaufwendungen (+6,9 Mio. €), höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (+5,0 Mio. €) und höheren Transferaufwendungen (+6,5 Mio. €).

Auch in 2014 sind die ordentlichen Aufwendungen erneut stark angestiegen, obwohl mit der Ausgliederung der Abwasserbeseitigung die Umlagezahlung an den AZV weitgehend entfallen ist (-11,6 Mio. € gegenüber 2013) und durch den Übergang von Vermögen und Schulden an den Eigenbetrieb auch die Zinsaufwendungen und die Abschreibungen auf Sachvermögen zurückgegangen sind. Eine wesentliche Ursache für den Anstieg der ordentlichen Aufwendungen war die Abschreibung der Verlustabdeckung aus der Zuführung zur Kapitalrückstellung bei der SWH (15,35 Mio. €), die erstmals bei den planmäßigen Abschreibungen gebucht werden musste. Hinzu kam, dass die Transferaufwendungen gegenüber 2013 um 13,1 Mio. € gestiegen sind (darunter insbesondere die FAG-Umlage mit +4,6 Mio. €, aber auch die Zuweisungen und Zuschüsse und die Sozialtransferaufwendungen).

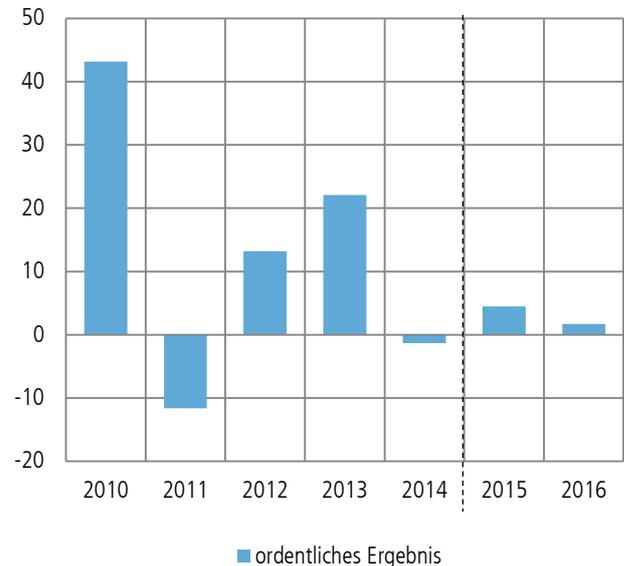
Ordentliche Erträge und ordentliche Aufwendungen bilden zusammen das ordentliche Ergebnis (siehe folgende Grafik).

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	43,2	-11,6	13,2	22,1	-1,3	4,5	1,7

In 2010 war vor allem die Auflösung von Rückstellungen i. H. v. 45,8 Mio. € für das gute **ordentliche Ergebnis** verantwortlich.

Nachdem insbesondere infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise das ordentliche Ergebnis 2011 negativ ausfiel (-11,6 Mio. €), machte sich in 2012 und 2013 die verbesserte Ertragslage positiv bemerkbar.

Sinkende Erträge bei gleichzeitig stark steigenden Aufwendungen haben dazu geführt, dass das ordentliche Ergebnis 2014 um 23,4 Mio. € unter dem Ergebnis 2013 lag. Wie bereits oben beschrieben, hatte auf diese Entwicklung die vorgenommene Abschreibung in Zusammenhang mit der SWH großen Einfluss. Da es sich bei Abschreibungen um nicht zahlungswirksame Vorgänge handelt, fließen sie nicht in die Finanzrechnung ein. Somit konnte trotz des knapp negativen ordentlichen Ergebnisses ein hoher Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet werden (siehe nächste Grafik).



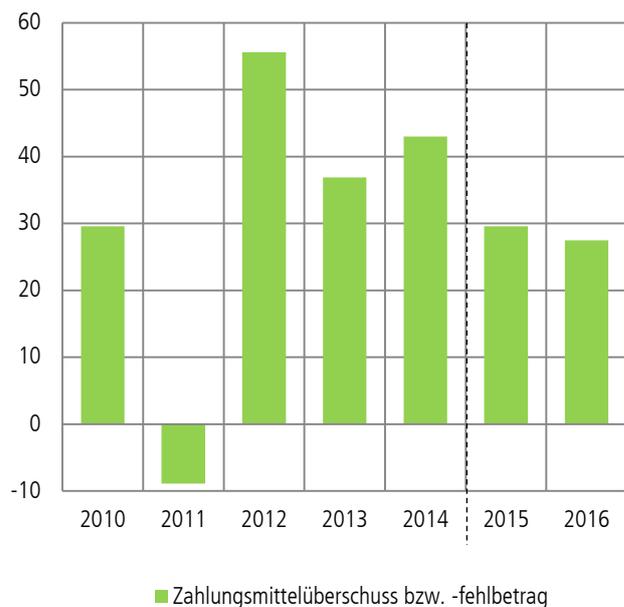
## 5.2 Finanzrechnung

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts	29,6		55,6	36,9	43,0	29,6	27,5
Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts		-8,9					

Nahezu im gesamten Betrachtungszeitraum konnte bzw. kann im Ergebnishaushalt ein **Zahlungsmittelüberschuss** erwirtschaftet werden. Lediglich im Jahr 2011 gab es einen Fehlbetrag, insbesondere infolge der geringeren Erträge wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die bereits oben beschriebene deutlich verbesserte Ertragslage in 2012 spiegelt sich auch in kräftig ansteigenden Einzahlungen wider.

Obwohl in 2013 ein höheres ordentliches Ergebnis erzielt wurde als in 2012 war der Zahlungsmittelüberschuss 2013 gegenüber dem des Jahres 2012 rückläufig. Und umgekehrt führte das negative ordentliche Ergebnis 2014 nicht zu einem geringeren Zahlungsmittelüberschuss als im Vorjahr. Hieraus wird der Unterschied zwischen Ergebnis- und Finanzrechnung deutlich: die Ergebnisrechnung enthält alle Erträge und Aufwendungen, die einem Haushaltsjahr zuzurechnen sind, auch wenn sie nicht kassenwirksam sind. Die Finanzrechnung hingegen stellt allein auf die Kassenwirksamkeit innerhalb eines Haushaltsjahres ab.

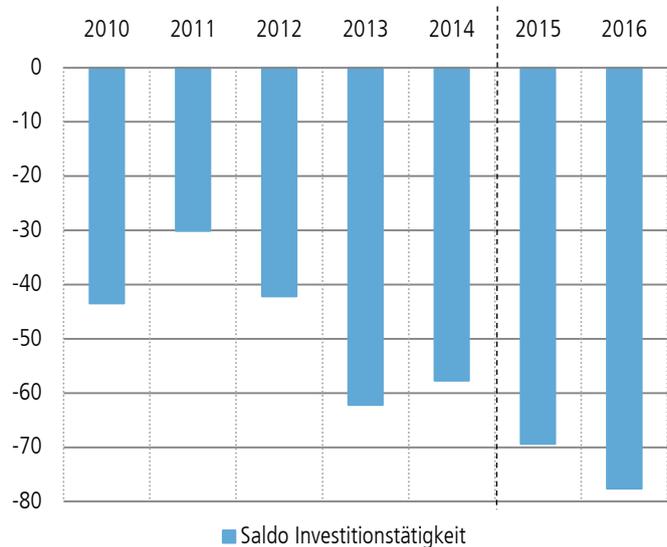


Der Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ist ein wesentlicher Baustein der Investitionsfinanzierung. Daher wird in der nächsten Grafik die Investitionstätigkeit mit ihren Ein- und Auszahlungen dargestellt.

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	45,9	22,3	8,2	15,0	10,8	13,8	14,3
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	89,4	52,4	50,4	77,2	68,5	83,2	91,9
<b>Saldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-43,5</b>	<b>-30,1</b>	<b>-42,2</b>	<b>-62,2</b>	<b>-57,7</b>	<b>-69,4</b>	<b>-77,6</b>

Der **Saldo aus Investitionstätigkeit** ist in der Regel negativ, da die **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** (insbesondere Beiträge, Einnahmen aus Veräußerungen und Investitionszuschüsse) niedriger sind als die **Auszahlungen für Investitionen** (insbesondere Ausgaben für den Erwerb von Vermögen, für Baumaßnahmen und für Investitionszuschüsse an Dritte).

Infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde in 2011 und 2012 die Investitionstätigkeit eingeschränkt, da insbesondere aus laufender Verwaltungstätigkeit kein Finanzierungsbeitrag zu erwarten war (siehe Grafik oben). In 2013 und 2014 stiegen die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit gegenüber den beiden Vorjahren deutlich an. Für die Jahre 2015 und 2016 enthält der Haushaltsplan ein weiter steigendes Investitionsvolumen.



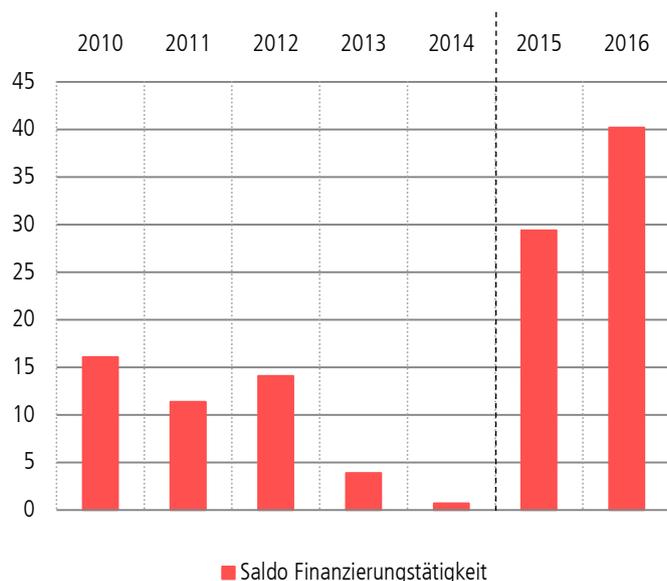
Zur Investitionsfinanzierung stehen neben Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt grundsätzlich folgende Mittel zur Verfügung: Kreditaufnahmen (= Finanzierungstätigkeit) sowie in Vorjahren angesparte Kassenmittel (= Zahlungsmittelbestand). In wie weit Kreditaufnahmen erfolgten bzw. der Zahlungsmittelbestand eingesetzt wurde zeigen die nachfolgenden Tabellen.

in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
<b>Saldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>16,1</b>	<b>11,4</b>	<b>14,1</b>	<b>3,9</b>	<b>0,7</b>	<b>29,4</b>	<b>40,2</b>

In 2014 blieb – wie auch in den zurückliegenden Jahren – der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** unter dem Planwert. Das bedeutet, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies kann mehrere Gründe haben, die häufigsten sind: ein höherer Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts als geplant, ein geringerer Mittelabfluss für investive Maßnahmen als geplant oder ein höherer Einsatz von in Vorjahren angesparten Zahlungsmitteln.

In 2014 war ein höherer Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts (+25,7 Mio. € gegenüber dem Ansatz) Ursache für den geringeren Kreditbedarf.

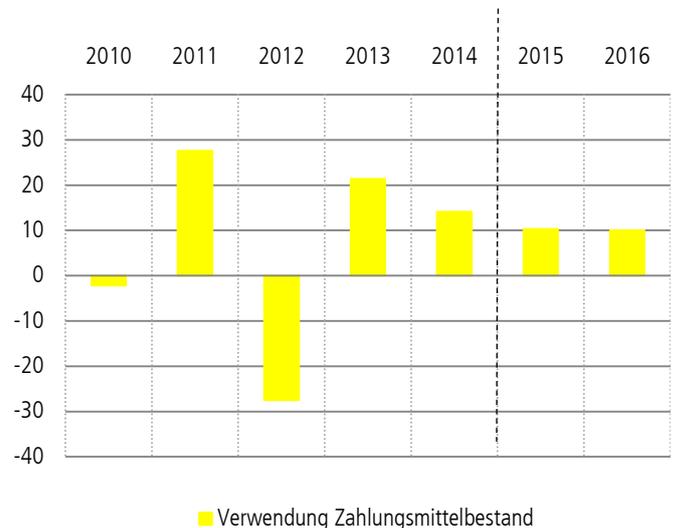
Der Haushaltsplan 2015/2016 enthält im Vergleich mit den Vorjahren deutlich höhere Kreditaufnahmen, da in diesen beiden Jahren auch ein gestiegenes Investitionsvolumen veranschlagt ist.



in Mio. €	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Einsatz Zahlungsmittelbestand		27,6		21,4	14,1	10,3	10,0
Aufstockung des Zahlungsmittelbestands	2,2		27,5				

Zur Finanzierung der Investitionstätigkeit ist neben dem Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und der Kreditaufnahme der **Einsatz des Zahlungsmittelbestands** ein weiterer zentraler Baustein. In den Jahren 2010 und 2012 wurde er **nicht** benötigt. Er konnte im Gegenteil sogar durch nicht benötigte Mittel erhöht werden. Hauptursache war jeweils der hohe Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts.

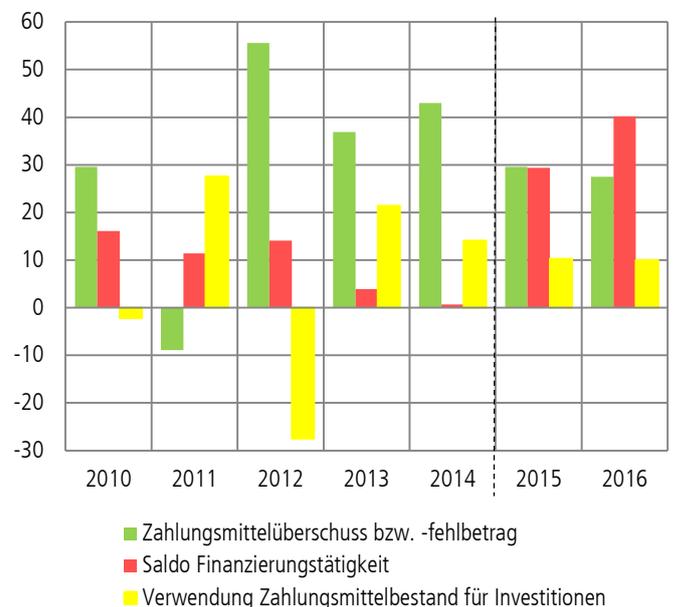
Für 2014 war bereits im Haushaltsplan vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand gezielt zur Senkung des Kreditbedarfs und damit zur Begrenzung der Verschuldung einzusetzen. Dies wurde auch so umgesetzt. Auch im Doppelhaushalt 2015/2016 ist vorgesehen, den Zahlungsmittelbestand weiter zur Investitionsfinanzierung zu verwenden.



Die nachfolgende Grafik ist die Summe der 3 obigen Grafiken zum Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, zur Finanzierungstätigkeit und zum Einsatz des Zahlungsmittelbestands. In ihr wird deutlich, dass sich hinsichtlich der Investitionsfinanzierung ein sehr unterschiedliches Bild ergibt:

In 2013 und 2014 erfolgte die Investitionsfinanzierung im Wesentlichen aus dem **Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt (grüne Säule)**. Außerdem konnten Mittel aus dem in Vorjahren angesparten Zahlungsmittelbestand eingesetzt werden (**gelbe Säule**). Kreditaufnahmen und damit ein Anstieg der Verschuldung erfolgte nur in geringem Umfang (**rote Säule**).

Für die Jahre 2015 und 2016 ist geplant, dass – angesichts eines umfangreicheren Investitionsprogramms – Kreditaufnahmen einen wesentlichen höheren Anteil an der Investitionsfinanzierung haben.



### 5.3 Strukturdaten

Für weitergehende Analysen haben wir hier ausgewählte Kennzahlen relativ komprimiert zusammengefasst. Diese Kennzahlen konzentrieren sich auf einzelne Ertrags- und Aufwandsarten und ermöglichen einen Überblick über die **Haushaltsstruktur der Ergebnisrechnung** und deren Entwicklung. Dabei werden einzelne Ertrags- oder Aufwandsarten in Relation zu dem Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge bzw. der ordentlichen Aufwendungen gesetzt.

Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen **Erträgen** insgesamt:

	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Ordentliche Erträge in Mio. €	493,6	463,0	489,5	521,2	517,9	531,4	546,1
Steuererträge abzgl. Gewerbesteuermulage in Mio. €	102,1	96,7	116,0	114,5	104,3	105,0	105,3
<b>Netto-Steuerquote</b>	<b>21,3%</b>	<b>21,6%</b>	<b>24,6%</b>	<b>22,7%</b>	<b>20,8%</b>	<b>20,4%</b>	<b>19,9%</b>
Zuwendungen in Mio. €	152,0	145,2	167,1	191,5	206,2	217,6	225,1
<b>Zuwendungsquote</b>	<b>30,8%</b>	<b>31,4%</b>	<b>34,1%</b>	<b>36,7%</b>	<b>39,8%</b>	<b>40,9%</b>	<b>41,2%</b>

#### Netto-Steuerquote

Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Kommune über Steuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer, örtliche Aufwands- und Verbrauchssteuern) „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von staatlichen Zuwendungen ist. Den mit Abstand größten Anteil an den Steuererträgen hat die Gewerbesteuer. In 2012 lag das Gewerbesteuerergebnis mit 106,0 Mio. € sehr hoch; dies hat mit zur höchsten Netto-Steuerquote im Betrachtungszeitraum geführt. Ab 2013 liegen die Steuererträge niedriger als in 2012 während gleichzeitig andere Ertragsarten – insbesondere die Zuwendungen – stärkere Zuwachsraten zu verzeichnen haben. Die Folge ist eine rückläufige Netto-Steuerquote.

#### Zuwendungsquote

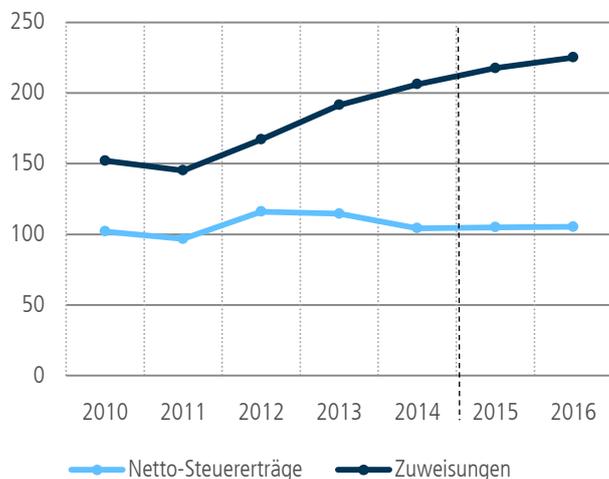
Die Zuwendungsquote gibt an, wie hoch der Anteil der Erträge aus Zuwendungen an den ordentlichen Erträgen ist. Eine hohe Zuwendungsquote kann auf eine geringe Finanzkraft der Kommune hindeuten.

Mehr als die Hälfte der Zuweisungen entfallen auf die Schlüsselzuweisungen. Über den gesamten Betrachtungszeitraum hinweg zeigte sich ein deutlicher Anstieg bei der Zuwendungsquote: er resultierte insbesondere daraus, dass die Schlüsselzuweisungen im Betrachtungszeitraum von 92,3 Mio. € in 2010 auf 132,1 Mio. € in 2016 steigen werden. Ebenfalls zu steigenden Zuwendungen hat der Ausbau der Kinderbetreuungsplätze und die Erhöhung der Landesförderung geführt (9,1 Mio. € in 2010; 26,1 Mio. € in 2016). Dies führt zu einer stark steigenden Zuwendungsquote.

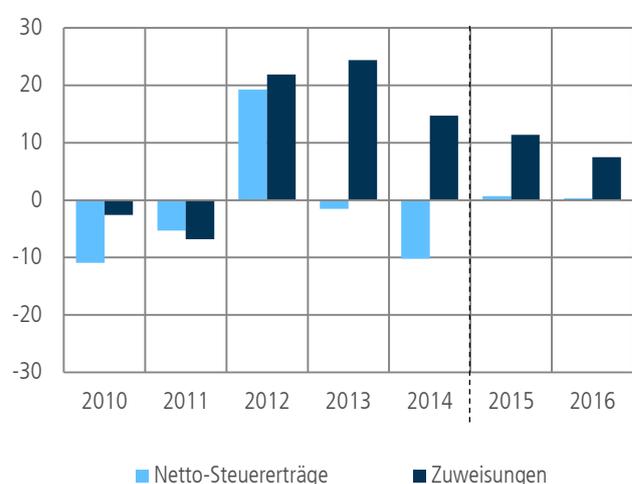
Die erste der beiden folgenden Grafiken zeigt, wie wichtig die Erträge aus Zuwendungen für den Gesamthaushalt sind und dass ihr Wachstum im Betrachtungszeitraum deutlich über dem der Netto-Steuererträge liegt.

Die zweite Grafik macht deutlich, dass es vor allem in den Jahren 2012 und 2013 zu erheblichen Zuwächsen gegenüber dem Vorjahreswert kam, die sich so in den Folgejahren aber nicht fortsetzen.

Entwicklung (in Mio. €)



Veränderung gegenüber Vorjahr (in Mio. €)



Kennzahlen in Relation zu den ordentlichen **Aufwendungen** insgesamt:

	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Ordentliche Aufwendungen in Mio. €	450,4	474,5	476,3	499,1	519,2	526,9	544,4
Personalaufwand in Mio. € (ohne Rückstellungen)	126,1	128,5	131,6	138,4	143,6	150,6	155,3
<b>Personalintensität</b>	<b>28,0%</b>	<b>27,1%</b>	<b>27,6%</b>	<b>27,7%</b>	<b>27,7%</b>	<b>28,6%</b>	<b>28,5%</b>
Sach-/Dienstleistungen in Mio. €	71,7	72,3	76,3	81,4	89,2	93,3	94,0
<b>Sach-/Dienstleistungsintensität</b>	<b>15,9%</b>	<b>15,2%</b>	<b>16,0%</b>	<b>16,3%</b>	<b>17,2%</b>	<b>17,7%</b>	<b>17,3%</b>
Transferaufwand in Mio. €	162,0	178,7	171,3	177,8	191,0	206,1	216,7
<b>Transferaufwandsquote</b>	<b>36,0%</b>	<b>37,7%</b>	<b>36,0%</b>	<b>35,6%</b>	<b>36,8%</b>	<b>39,1%</b>	<b>39,8%</b>
Zinsaufwand in Mio. €	6,0	6,7	7,2	7,5	6,4	6,2	6,7
<b>Zinslastquote</b>	<b>1,3%</b>	<b>1,4%</b>	<b>1,5%</b>	<b>1,5%</b>	<b>1,2%</b>	<b>1,2%</b>	<b>1,2%</b>

### Personalintensität

Die Personalaufwendungen sind – wie auch die ordentlichen Aufwendungen – im Betrachtungszeitraum jährlich gestiegen, so dass sich die Kennzahl von 2012 bis 2014 nur wenig verändert. Der größere Anstieg in 2015 resultiert überwiegend aus Aufgabenmehrungen wie z. B. dem Ausbau des Betreuungsangebots in Kindertageseinrichtungen, dem Anstieg der Flüchtlingszahlen und der zunehmenden Bebauung der Bahnstadt. Bei der Interpretation dieser Kennzahl ist der Grad der Ausgliederungen in der Kommune zu beachten. In Heidelberg ist der Anteil der Ausgliederungen sehr gering.

### Sach- und Dienstleistungsintensität

Der deutliche Anstieg von 2013 nach 2014 wurde im Wesentlichen durch zwei Entwicklungen ausgelöst: die Bereitstellung von mehr Mitteln für die Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens (sowohl im Hoch- als auch im Tief- und Landschaftsbau) und die Ausgliederung der Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe, in deren Zuge der Straßenentwässerungsanteil nicht mehr als interne Verrechnungen zu buchen war sondern als externer Aufwand.

### Transferaufwandsquote

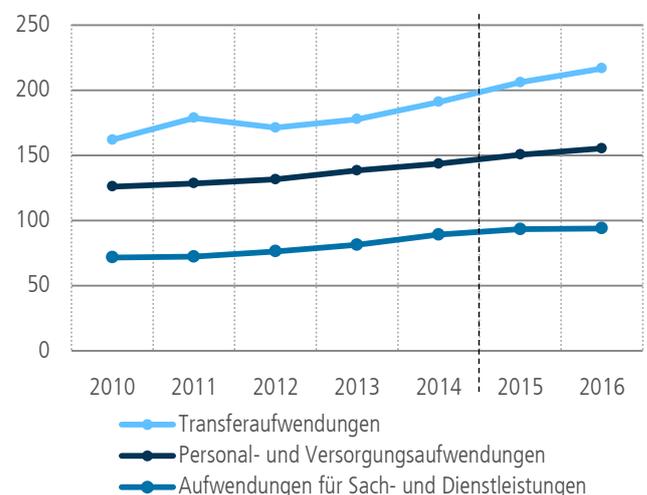
Die Kennzahl gibt an, in welchem Umfang die Kommune durch Transferaufwendungen (u. a. Zuschüsse, Umlagen, Sozial- und Jugendhilfeleistungen) belastet wird. In 2012 war der Wert gegenüber dem Vorjahr rückläufig, da nur bis 2011 Zahlungen aus dem Ergebnishaushalt an die Stadtwerke geleistet wurden (2011: 12,0 Mio. €). Der Anstieg in den Jahren 2014 bis 2016 resultiert insbesondere aus einem Mehrbedarf bei den Zuschüssen für die Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen und Tagespflege, einem Mehrbedarf bei der Sozial- und Jugendhilfe sowie aus einer höheren FAG-Umlage.

### Zinslastquote

Die Zinslastquote verdeutlicht, in welchem Umfang die vorhandenen Kredite den Ergebnishaushalt belasten. Eine hohe Zinslastquote engt den finanziellen Spielraum der Kommune ein. Der Rückgang des Aufwands und der Quote in 2014 ist eine Folge der Ausgliederung der Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe, da an diesen nicht nur Sachvermögen sondern auch die darauf entfallenden Schulden übergeben wurden.

Die Grafik stellt zum einen die Volumina der verschiedenen großen Aufwandsarten gegenüber und zum anderen zeigt sie, mit welcher Dynamik sie sich entwickeln. Dabei wird deutlich, dass die Transferaufwendungen nicht nur ein hohes Volumen haben, sondern dass sie auch einen starken Anstieg verzeichnen.

Wie bereits beschrieben, geht dieser Anstieg teilweise auf Veränderungen in unserer Gesellschaft zurück (u. a. Mehrbedarf an Kinderbetreuung, steigende Flüchtlingszahlen). Positiv ist, dass diese Mehrbedarfe zumindest teilweise durch höhere Zuschusserträge gegenfinanziert sind (siehe hierzu auch unter Ziffer 4.2.2 sowie in den Jahresberichten der Ämter 50 und 51).



## 5.4 Rücklagen, Zahlungsmittel, Schulden

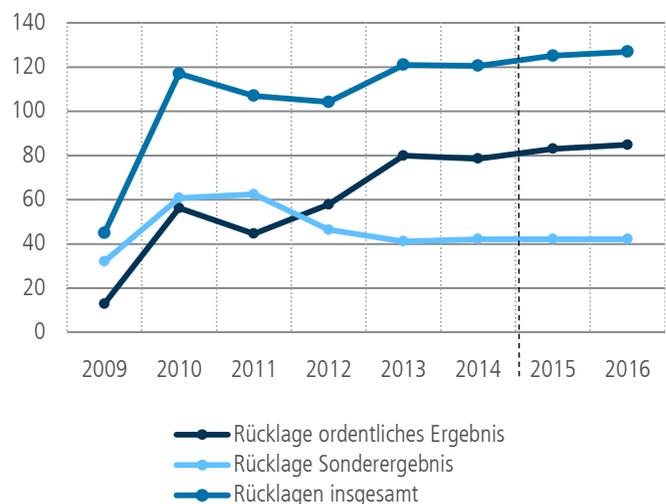
Die nachfolgenden absoluten Zahlen haben insbesondere in der mittelfristigen Betrachtung Bedeutung und unterstützen die Beurteilung, wie ein **Haushaltsausgleich** erreicht wurde bzw. welche Mittel für einen Haushaltsausgleich benötigt wurden bzw. künftig zur Verfügung stehen.

Durch das Ergebnis 2014 wird eine neue Ausgangsbasis für die Jahre 2015/2016 geschaffen. Daher haben wir jeweils in der Klammer den Wert für 2015 und 2016 eingetragen, der sich auf Grundlage dieser neuen Ausgangsbasis heraus errechnet. Beim Stand der Schulden und der Zahlungsmittel entsprechen die der Planung 2015/2016 zugrunde liegenden Werte für 2014 bereits dem Ergebnis 2014. Für die folgende Grafik haben wir die Werte in der Klammer verwendet.

in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Stand der Rücklagen des ordentlichen Ergebnisses	56,2	44,6	57,8	79,9	78,5	96,4 (83,0)	98,1 (84,8)
Stand der Rücklagen des Sonderergebnisses	60,8	62,4	46,4	41,1	42,1	44,1 (42,1)	44,1 (42,1)

Die Rücklagen bewegen sich nach wie vor auf einem hohen Niveau. Dies ermöglicht es, die in der mittelfristigen Finanzplanung in 2018 und 2019 vorgesehenen Entnahmen i. H. v. insgesamt 8,7 Mio. € durchzuführen.

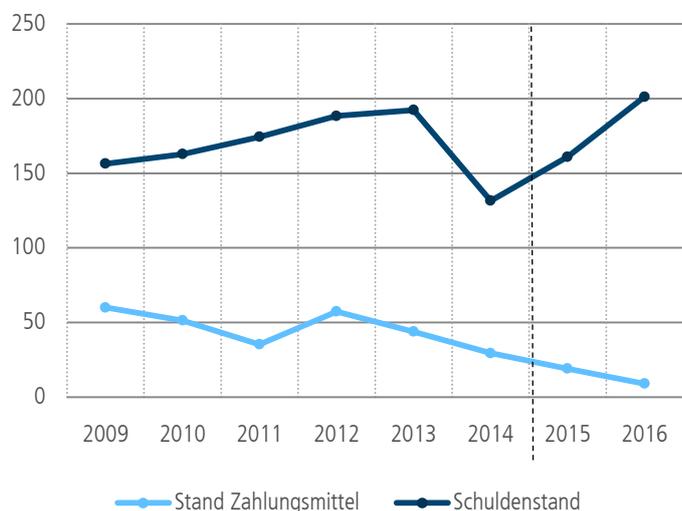
Allerdings ist die Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zum Jahresbeginn 2015 nicht so hoch, wie noch im Haushaltsplan 2015/2016 angenommen. Dies hat seine Ursache insbesondere darin, dass in 2014 die Verlustabdeckung aus der Zuführung zur Kapitalrückstellung bei der SWH als ordentlicher Aufwand gebucht wurde.



in Mio. €, jeweils zum 31.12.	RE 2010	RE 2011	RE 2012	RE 2013	RE 2014	Plan 2015	Plan 2016
Endstand an Zahlungsmitteln (mit Geldanlagen)	51,3	35,3	57,3	43,9	29,4	19,0	9,0
Schuldenstand (ohne Restkaufpreisschulden)	162,8	174,3	188,3	192,3	131,6	161,0	201,2

Bessere Ergebnisse als geplant haben in den letzten Jahren immer wieder dazu geführt, dass weniger Kredite aufgenommen werden mussten als geplant. Dies hat gleichzeitig zu einem relativ hohen **Stand an Zahlungsmitteln** geführt, der nun schrittweise zur Finanzierung eingesetzt werden kann.

Der Rückgang der **Schulden** in 2014 resultiert aus der Ausgliederung der Abwasserbeseitigung in den Eigenbetrieb Stadtbetriebe. Das sehr ambitionierte Investitionsprogramm 2015/2016 führt zu einem deutlichen Anstieg der Schulden. Daher hat das Regierungspräsidium in der Genehmigung des Doppelhaushalts 2015/2016 die Stadt aufgefordert, der Begrenzung der Neuverschuldung durch geeignete Maßnahmen oberste Priorität einzuräumen und die Liquiditätsreserve zur Sicherstellung der stetigen Zahlungsfähigkeit auf dem notwendigen Niveau zu halten.



## 5.5 Interkommunaler Vergleich

Vergleiche mit anderen Kommunen - und für Heidelberg insbesondere mit anderen Stadtkreisen - sind grundsätzlich von großem Interesse. Allerdings ist die Haushaltsstruktur der Kommunen oft so verschieden, dass die Vergleichszahlen umfangreicher Erläuterungen bedürfen. Dies schränkt die Nutzbarkeit von Vergleichsdaten für die Praxis stark ein. Dennoch wollen wir an dieser Stelle in einem ersten Schritt Haushaltsdaten mehrerer Städte nebeneinander stellen, um zu erproben, in wie weit interkommunale Vergleiche im Rahmen eines relativen kompakten Rechenschaftsberichts für den Gemeinderat hilfreich sein können.

	Stadt Heidelberg	Stadt Mannheim	Stadt Karlsruhe
<b>Einwohnerzahl 2013</b>	<b>152.113</b>	<b>296.690</b>	<b>299.103</b>
<b>Rechnungsergebnisse 2013 in Mio. €:</b>			
Ordentliche Erträge	521,2	1.035,4	1.109,2
Ordentliche Aufwendungen	<u>499,1</u>	<u>1.030,7</u>	<u>1.042,4</u>
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>22,1</b>	<b>4,7</b>	<b>66,8</b>
<b>Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts</b>	<b>36,9</b>	<b>13,0</b>	<b>112,1</b>
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	15,0	43,2	23,4
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>77,2</u>	<u>106,4</u>	<u>116,4</u>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-62,2</b>	<b>-63,2</b>	<b>-93,0</b>
<b>Saldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>3,9</b>	<b>-22,2</b>	<b>-13,8</b>

Alle 3 Stadtkreise haben in 2013 ein positives **ordentliches Ergebnis** erzielt und einen **Zahlungsmittelüberschuss** im Ergebnishaushalt erwirtschaftet.

In Heidelberg lagen die Auszahlungen für **Investitionstätigkeit** – in Relation zur Einwohnerzahl – im Vergleich mit den beiden anderen Stadtkreisen relativ hoch (77,2 Mio. € in Heidelberg im Vergleich zu 106,4 Mio. € bzw. 116,4 Mio. € bei einer etwas weniger als doppelt so hohen Einwohnerzahl in Mannheim und Karlsruhe).

Hauptursachen für den hohen Wert in Heidelberg sind die Auflösung der Sonderrechnung Bahnstadt (5,8 Mio. €), die Zahlung an die SWH zur Erhöhung der Kapitalrücklage (10,35 Mio. €) und die Ausstattung der Konversionsgesellschaft mit Stammkapital (5,1 Mio. €).

Der **Saldo aus Finanzierungstätigkeit** ist im Vergleich der 3 Stadtkreise nur in Heidelberg positiv (3,9 Mio. €), d. h. es wurden zur Finanzierung der Investitionen auch Kredite eingesetzt. In Mannheim und Karlsruhe ist der Saldo negativ (-22,2 Mio. € bzw. -13,8 Mio. €), d. h. die Investitionsfinanzierung musste nicht über Kredite erfolgen, vielmehr konnte der Schuldenstand sogar reduziert werden. In Mannheim erfolgte die Investitionsfinanzierung zu einem wesentlichen Teil aus vorhandenen liquiden Mitteln. In Karlsruhe war der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts sogar höher als der Mittelbedarf aus Investitionstätigkeit.

## 6. Ausblick: Chancen und Risiken

Bereits in der Jahresabschlussanalyse (Ziffer 5) wurden neben Zahlen aus den abgeschlossenen Haushaltsjahren auch die Planjahre 2015 und 2016 einbezogen. Hier soll nun noch weiter in die Zukunft geblickt und künftige Chancen und Risiken benannt werden. Im Hinblick auf eine kontinuierliche und nachhaltige Entwicklung wird eine solche Darstellung auch in § 54 der Gemeindehaushaltsverordnung gefordert.

Ein wesentliches Risiko für die öffentlichen Haushalte stellt die **Entwicklung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage** dar. Der Arbeitskreis Steuerschätzung geht in seiner Schätzung vom Mai 2015 davon aus, dass die öffentlichen Haushalte auch in den nächsten Jahren mit einer soliden Einnahmebasis rechnen können. Er verweist dabei auf die erfreuliche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland, die sich in weiter steigender Beschäftigung, wachsenden Einkommen der privaten Haushalte und stabilen Gewinnen der Unternehmen äußert. Vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung werden in seiner Konjunkturprognose vom März 2015 als potentielle Risiken mit möglichem signifikantem Einfluss vor allem die politische Entwicklung im Euro-Raum, insbesondere in Griechenland, der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland, die Verschärfung der Wirtschaftslage in China und die Lage auf den Finanzmärkten genannt.

Eine deutlich verlangsamte oder sogar negative Entwicklung der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftslage hätte erhebliche Auswirkungen auf unsere **Ertragssituation**, da in 2014 79 % unserer Erträge auf den Bereich der Steuern und Zuweisungen entfallen. Diese Erträge und auch ihr Wachstum sind angesichts steigender Aufwendungen von zentraler Bedeutung für den Gesamthaushalt.

Überproportional steigende **Aufwendungen** gab es in den letzten Jahren vor allem in den Bereichen Kinder, Jugend und Bildung durch die Schaffung von besseren Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten. Die herausragende Betreuungssituation ermöglicht die Vereinbarung von Familie und Beruf und zahlreiche Fördermöglichkeiten sollen allen Kindern und Jugendlichen die Chance auf den bestmöglichen Bildungserfolg geben. Steigende Zuschussbedarfe in diesen Bereichen sind die Folge (Anstieg ordentliches Ergebnis von 2009 bis 2016 im Amt für Schule und Bildung von -14,6 Mio. € auf -25,0 Mio. € und im Kinder- und Jugendamt von -37,8 Mio. € auf -60,6 Mio. €). Mit einer auch weiterhin dynamischen Entwicklung ist zu rechnen.

Steigende Soziallasten in den Teilhaushalten des Amtes für Soziales und Senioren und des Jobcenter bedeuten eine zusätzliche finanzielle Belastung für den städtischen Haushalt, sofern die Kommunen nicht entsprechend durch Bundesmittel entlastet werden (siehe hierzu unter Ziffer 4.2.2).

Die stark wachsende Anzahl der Asylbewerber und Flüchtlinge stellt Bund, Länder und Kommunen vor große Herausforderungen, die nur gemeinsam bewältigt werden können. Neben der Bereitstellung der erforderlichen finanziellen Mittel geht es dabei insbesondere auch darum, die Integration der Menschen, die in Deutschland bleiben, zu fördern. Ziel der Stadt Heidelberg ist es, gemeinsam mit den Bürger/-innen aller Heidelberger Stadtteile die Integration von Flüchtlingen auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen.

Für die Bildung von Pensions- und Beihilferückstellungen sind kraft Gesetz nicht die Kommunen sondern der KVBW zuständig. Für den auf die Stadt Heidelberg entfallenden Betrag i. H. v. 225 Mio. € (31.12.2013) hat der KVBW lediglich Rücklagen i. H. v. 30 Mio. € gebildet, so dass eine erhebliche nicht durch Vermögen gedeckte Unterdeckung besteht. Somit besteht das Risiko, dass mittel- bis langfristig erhebliche Beträge an den KVBW zu leisten sind.

Neben der Ertragslage und den Mehrbedarfen bei den laufenden Aufwendungen wird bundesweit zunehmend vor allem der **Investitionsbedarf für eine zukunftsfähige Infrastruktur** als Herausforderung eingestuft. Dies spiegelt sich auch in unseren Haushalten und in der mittelfristigen Finanzplanung wider, zumal Heidelberg – entgegen dem Bundestrend – eine wachsende Stadt ist. Schwerpunkte waren und sind der Schulbereich, der Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder, die Sportstätten und der Bereich Mobilität / Straßen, jeweils auch unter Berücksichtigung einer Reduzierung des Energiebedarfs. Ein Ziel ist es dabei, mit dem Wachstum der Einwohnerzahl und den sich verändernden Bedürfnissen in der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts Schritt zu halten.

Ein wesentlicher Baustein dabei ist die Modernisierung und der Ausbau des Straßenbahnnetzes ab 2015 (**Mobilitätsnetz**), mit dem Ziel, über 10.000 Fahrgäste pro Tag hinzuzugewinnen, davon über 7.000 Umsteiger vom Auto, und so den Straßenverkehr wesentlich zu entlasten (Investitionsvolumen bis 2019 rund 100 Mio. €). Welcher Betrag nach Bundes- und Landeszuschüssen (maximal bis zu 80 % der förderfähigen Kosten) von der Heidelberger Straßen- und Bergbahn GmbH, der Stadt Heidelberg und weiteren Kostenträgern zu erbringen ist, ist noch nicht bezifferbar. Noch offen ist nach den vorliegenden Klagen gegen den Planfeststellungsbeschluss auch, wann und in welcher Form die Erschließung des Neuenheimer Feldes mit einer Straßenbahn erfolgen kann.

Unter anderem in Zusammenhang mit dem Mobilitätsnetz muss die Kapitalrücklage der **Stadtwerke Heidelberg GmbH** erhöht werden, damit der mittelfristige Verzehr des Eigenkapitals deutlich abgemildert wird und ausreichend finanzielle Handlungsspielräume für den weiterhin notwendigen Restrukturierungsprozess in einem schwierigen Marktumfeld bestehen. Ein wichtiger Baustein ist auch die „Energiekonzeption 2020“, mit der die Energiewende in der Region vorangebracht werden soll. Von 2015 bis 2019 sind zur Aufstockung der Kapitalrücklage im Haushalt und in der mittelfristigen Finanzplanung jährlich 20 Mio. € vorgesehen. Hinzu kommen noch die anfallenden Kapitalkosten für die Finanzierung der Baumaßnahmen im Rahmen des Mobilitätsnetzes.

Mit der Bahnstadt und den **Konversionsflächen** können wir die Zukunftsentwicklung Heidelbergs aktiv gestalten – in baulicher, aber auch in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht. Um die Konversionsziele möglichst gut umsetzen zu können, beabsichtigt die Stadt, die Konversionsflächen über die Konversionsgesellschaft Heidelberg mbH bzw. deren Tochtergesellschaften zunächst zu erwerben, um sie dann an geeignete Investoren weiter zu geben. Im Rahmen des weiteren Planungsprozesses muss vor allem auch die finanzielle Tragfähigkeit im Auge behalten werden. Die Stadt Heidelberg wird sich nicht alle Qualitätsstandards leisten können, sondern es müssen vielmehr die notwendigen Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden und eine zeitgemäße Infrastruktur verbunden mit lebenswerten Freiräumen in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden. Nur so kann eine zügige Entwicklung, insbesondere der dringend benötigten bezahlbaren Wohnungen, gewährleistet werden. Für den Erwerb von Grundstücken bzw. Gebäuden in der Südstadt, die in städtischen Besitz übergehen sollen, hat der Gemeinderat erstmals in 2014 Mittel i. H. v. 9,2 Mio. € bereitgestellt.

Die Realisierung der **Bahnstadt** schreitet wesentlich schneller voran als erwartet. Die Nachfrage nach Wohnbauflächen ist ungebrochen hoch. Allerdings führt diese schnellere Entwicklung auch zu einem deutlichen Anstieg des Finanzierungsaufwands. Zusammen mit bisher nicht kalkulierten Kostensteigerungen und Zusatzbedarfen (z. B. Interimslösungen Schule und Kita, neue Kita in der Güterhalle) hat dies eine Erhöhung des Gesamtdefizits innerhalb des Treuhandvermögens, innerhalb dessen die Entwicklung der Bahnstadt finanziert wird, zur Folge. Die Kosten- und Finanzierungsübersicht des Treuhandvermögens reicht bis zum Ende der Laufzeit der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme im Jahr 2022 und schließt Stand 31.12.2014 mit einem prognostizierten Defizit im Jahr 2022 von 39,1 Mio. € ab. Zum Stand 31.12.2013 waren es noch 19,8 Mio. €. Dem Gemeinderat wurden daher im 2. Quartal 2015 Maßnahmen vorgeschlagen, die dazu beitragen sollen, dass das Defizit nicht in der genannten Höhe eintritt.

In 2013 hat der Gemeinderat den Bedarf für ein neues **Konferenzzentrum** in Heidelberg festgestellt. Laut einer Analyse könnten damit bisher ausgelagerte Kongresse wieder nach Heidelberg geholt und die Wirtschaftsinfrastruktur erheblich aufgewertet werden. In 2015 wurden 5 mögliche Standorte ausgewählt, deren weitergehende Eignung für die Realisierung eines wissenschaftlichen Konferenzentrums nun in Bezug auf Machbarkeit, Finanzierungsmodelle und Betreiberkonzept geprüft werden. Die Prüfung soll auch einen ersten belastbaren Kostenrahmen verfügbar machen.

**Insgesamt** geht im Doppelhaushalt 2015/2016 die mittelfristige Finanzplanung bis 2019 davon aus, dass der Ergebnishaushalt einen Zahlungsmittelüberschuss zwischen 22 und 30 Mio. € je Jahr erwirtschaften kann. Allerdings liegt der Kreditbedarf aufgrund des hohen Investitionsvolumens mit einem Saldo aus Finanzierungstätigkeit zwischen 30 und 40 Mio. € je Jahr vergleichsweise hoch. Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat daher in seiner Genehmigung des Doppelhaushalts 2015/2016 darauf hingewiesen, dass das sehr ambitionierte Investitionsprogramm zu einem bedenklichen Anstieg der Verschuldung bei gleichzeitiger Aufzehrung vorhandener Finanzierungsreserven führt. Nach der vorliegenden Finanzplanung würde sich der Schuldenstand im Kernhaushalt bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2019 um 182,4 Mio. € auf rund 314 Mio. € erhöhen und sich somit mehr als verdoppeln. Daher hat das Regierungspräsidium dazu aufgefordert, der Begrenzung der Neuverschuldung durch geeignete Maßnahmen oberste Priorität einzuräumen.